Nr. 105

DJI impulse

Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 1/2014

Einwanderungsland
Nur langsam akzeptiert die deutsche Politik die Realität S. 4

Flüchtlinge und Kinderschutz
Wie junge Vertriebene unter ihrer Situation leiden S. 9

Interview mit Claudia Roth
Bundestagsvizepräsidentin fordert Ende der »Abschottung« S. 18

(Über)Leben

Die Probleme junger Flüchtlinge in Deutschland

DJI impulse

// INHALT 1·2014

DJI THEMA

Dietrich Thränhardt

04 Wahrnehmung und Wirklichkeit in der deutschen Einwanderungsgesellschaft

Deutschland ist spätestens seit den 1960er-Jahren ein Einwanderungsland. Dennoch bleibt die Einwanderungs- und Asylpolitik inkonsistent.

Jürgen Soyer

07 Kinder zweiter Klasse: Junge Flüchtlinge in Bayern

Die Betreuung minderjähriger Flüchtlinge durch nicht-staatliche Institutionen steht immer vor der Herausforderung, unsichere Lebensumstände zu bewältigen.

Heinz Kindler

09 Flüchtlingskinder, Jugendhilfe und Kinderschutz

Forscherinnen und Forscher untersuchten in den letzten Jahren, wie Flüchtlingskinder unter der schwierigen Situation ihrer Familie leiden – und welche Faktoren sich positiv auswirken können.

Christian Peucker und Mike Seckinger

12 Flüchtlingskinder: eine vergessene Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe

Ob junge Flüchtlinge und ihre Familien von den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe profitieren, hängt vom Einzelfall ab.

Caroline Schmitt und Hans Günter Homfeldt

15 Flüchtlingskinder besser verstehen: Die »Transnationale Biografiearbeit«

Junge Flüchtlinge haben oft traumatisierende Erfahrungen gemacht. Die »Transnationale Biografiearbeit« dient als Herangehensweise im Umgang mit diesen Kindern und Jugendlichen.

Interview mit Claudia Roth

18 »Deutschland muss seine Blockadehaltung aufgeben«

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth fordert, die europäische »Abschottungspolitik« zu beenden.

Silke Bachert

20 Die Sprache ist der Schlüssel

Das Beispiel der Spezialeinrichtung ALREJU zeigt, welche Voraussetzungen für eine gute Aufnahme und Integration gegeben sein müssen.

DJI FORUM

Kommentar von Norbert Struck

23 Die abgeschottete Einwanderungsgesellschaft

Junge Flüchtlinge und ihre Familien haben es schwer in Deutschland. Norbert Struck vom Paritätischen Wohlfahrtsverband plädiert dafür, die Menschenrechte der Flüchtlinge anzuerkennen.

DJI DOSSIER

Susanne Johansson

25 Forschungsstand: Begleitete Flüchtlingskinder in Deutschland

Die Datenlage zur Lebenssituation von Flüchtlingskindern in Deutschland ist unbefriedigend. Forschungsbedarf besteht vor allem bei den Themen Gesundheitsversorgung, frühe Betreuung und Bildung.

DJI SPEKTRUM

Interview mit Jochen Nossek

31 »Noten erzeugen mehr Frust als Lust«

Die Gemeinschaftsschule in der Taus erhielt 2013 den deutschen Schulpreis. Schulleiter Jochen Nossek erklärt, was gute Betreuung ausmacht und warum Smileys sinnvoller sind als Noten.

DJI KOMPAKT

34 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut

39 Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

man könnte meinen, ein Land mit dem Selbstverständnis einer »Wissensgesellschaft« würde bei jedem politisch relevanten Thema über ausreichend Wissen und Kompetenzen verfügen, um eine sachgerechte öffentliche Debatte zu führen und politische Entscheidungen zu treffen. Doch immer wieder muss man feststellen, dass diese Wissensbasis längst nicht so stabil ist, wie man sich das als Sozialforscherin oder Sozialforscher wünschen würde. Das Thema »Kinder und Jugendliche auf der Flucht« ist dafür ein – trauriges – Beispiel.

Die Wissenschaft gerät bereits in Schwierigkeiten, wenn sie mit amtlichen Daten benennen soll, wie viele junge Flüchtlinge überhaupt in Deutschland leben, weil das nicht einfach durch Daten zur Zuwanderung und zum Migrationshintergrund deutlich wird. Noch viel diffuser wird das Bild, wenn es um die Beschreibung der Lebensumstände dieser Menschen geht.

So gibt es beispielsweise wenig Wissen darüber, wie Einrichtungen und Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit jungen Flüchtlingen arbeiten: Schaffen sie ausschließlich Betreuungsplätze für die wachsende Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, wie es das Gesetz vorschreibt – oder gehen die Angebote darüber hinaus? Welche Standards gibt es in den Kommunen und Bundesländern für die Betreuung dieser Flüchtlinge? Erreichen die allgemeinen Angebote der lokalen Kinder- und Jugendhilfe auch diejenigen, die in Asylbewerberunterkünften leben? Bei solchen institutionsbezogenen Fragen bestehen offenkundig Wissenslücken.

Kaum besser ist der Kenntnisstand bei den Lebenslagen der Betroffenen. Welche Zugänge zu Bildung haben sie? Wie werden sie medizinisch versorgt, welche psychischen und sozialen Entwicklungsverläufe sind bei ihnen zu erkennen? Das alles ist wenig erforscht. Allenfalls einzelne Themenfelder wie Traumatisierungen als Folge von Erlebnissen in Heimatländern und auf der Flucht sind bisher zumindest teilweise wissenschaftlich bearbeitet.

Gleichwohl haben wir uns entschieden, dieses ebenso unbequeme wie schwierige Thema aufzugreifen. Diese Ausgabe der DJI Impulse richtet den Fokus auf ein wichtiges, aber wissenschaftlich unterbelichtetes Feld. Wir versuchen dabei, einigermaßen gesicherte Erkenntnisse zu bündeln, wo immer wir darüber verfügen – und wollen dabei gleichzeitig markieren, wo Grenzen der Forschung liegen oder wo der Kenntnisstand ausbaufähig ist. Dabei ist uns bewusst, dass das Thema emotional berührt: Moralische Empörung stellt sich schnell ein, wenn man sich mit jungen Flüchtlingen beschäftigt, weil das Leid der Betroffenen auf ihrem Weg nach Deutschland und in Deutschland selbst oft so unfassbar ist.

THOMAS RAUSCHENBACH

Weder geht es hier um die schnelle Empörung noch um das Unterdrücken derselben – vielmehr geht es um den Versuch zu klären, was wissenschaftlich belastbare Befunde sind und wo die Sphäre der entschiedenen Meinungen beginnt. Die Hoffnung ist, dass diese Ausgabe der DJI Impulse zum Ausgangspunkt weiterer Klärungen auch innerhalb der Wissenschaft und Fachpraxis wird. ×

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen
Thomas Rauschenbach,
Direktor des Deutschen Jugendinstituts

Wahrnehmung und Wirklichkeit

in der deutschen Einwanderungsgesellschaft

Deutschland ist spätestens seit den 1960er-Jahren ein Einwanderungsland. Während die soziale Integration besser gelang als in vielen europäischen Nachbarländern, bleibt die Einwanderungs- und Asylpolitik immer noch sehr inkonsistent.

Von Dietrich Thränhardt

Seit der »Gastarbeiter«-Ära in den 1950er- und 1960er-Jahren gab es Diskrepanzen in der deutschen Einwanderungspolitik: Einerseits erhielten Zuwanderinnen und Zuwanderer gleiche Löhne, gleiche Rechte in den Sozialversicherungen und seit 1972 auch das Wahlrecht bei den Betriebsratswahlen. Die Migrantinnen und Migranten gehörten rasch zur »Kernarbeiterschaft« der deutschen Industrie und organisierten sich in den Gewerkschaften. Andererseits blieb lange Zeit der Mythos der Rückkehr erhalten – sowohl bei den staatlichen Behörden als auch bei den Einwanderinnen und Einwanderern selbst. Während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (1982–1998) wurde immer wieder hervorgehoben, dass Deutschland »kein Einwanderungsland« sei. Gleichzeitig kam es aber vor allem in den Jahren 1986 bis 1994 zu großen Zuwanderungen von deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus Polen, Rumänien und der damaligen Sowjetunion, aber auch Flüchtlinge aus der Türkei und dem zerfallenden Jugoslawien, nachziehende Familienangehörige und natürlich auch EU-Bürgerinnen und -Bürger. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer verdoppelte sich in diesen Jahren auf sieben Millionen.

Das Thema Migration wurde in Deutschland in vielfacher Weise negativ besetzt. Helmut Kohl stellte seit 1991 das Asylrecht in Frage. Auch der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, 1990 Kanzlerkandidat der SPD, problematisierte den Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern. Die Medien schilderten von Anfang an den Zuzug von Migrantinnen und Migranten als Problem. Dass sie von Jahr zu Jahr besser deutsch sprachen, sich in deutschen Vereinen ebenso wie in eigenen Gruppen engagierten, in den Unternehmen und in der Freizeit immer mehr Kontakte zur deutschen Bevölkerung zustande kamen und sich viele trotz Wahrung eigener Traditionen in der deutschen Lebenswirklichkeit immer mehr zu Hause fühlten, wurde regelmäßig in empirischen Studien dargestellt und bestätigt. Die Öffentlichkeit nahm diese positiven Entwicklungen aber kaum zur Kenntnis.

Erst nach dem Regierungswechsel im Jahr 1998 veränderte sich die Wahrnehmung über die Einwanderungsrealität. Die rot-grüne Koalition versuchte, die doppelte Staatsangehörigkeit gesetzlich zu verankern. Sie erlitt mit diesem Vorhaben nach ihrem Wahlsieg 1998 eine schwere Niederlage bei der hessischen Landtagswahl 1999. Grund dafür war nicht zuletzt die Kampagne der CDU gegen den »Doppelpass«. Um ihre Kampagne abzufedern, sprach sich die CDU aber auch für mehr »Integration« aus. Seitdem existiert in Deutschland ein Konsens über die Notwendigkeit der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern.

Dass Kinder von Ausländerinnen und Ausländern, die seit acht Jahren in Deutschland leben, die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben (Geburtsrecht), ist inzwischen grundsätzlich unbestritten. Nach dem Koalitionsvertrag vom 14.12.2013 zwischen CDU/CSU und SPD fällt auch die Optionspflicht – die Kinder müssen sich also nicht mehr für die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit entscheiden. Die »Green Card«-Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 zur Anwerbung von IT-Spezialisten verknüpfte Zuwanderung mit wirtschaftlicher Effizienz. Schließlich kam es im Jahr 2005 zur Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes, das einen neuen einheitlichen Rechtsrahmen schuf, gleichzeitig aber dazu beitrug, die Zuwanderung zu reduzieren.

Deutschland ist wieder das wichtigste Zuwanderungsland Europas

Seit 2011 ist Deutschland wieder das wichtigste Zuwanderungsland in Europa. Im Jahr 2012 kamen 74 Prozent der Immigrantinnen und Immigranten in der EU aus anderen EU-Ländern. Ein Großteil von ihnen stammte aus den neuen Mitgliedstaaten: 69.900 aus Polen, 45.812 aus Rumänien, 26.208 aus Ungarn und 25.121 aus Bulgarien. Erst danach folgten Italien mit 21.716 und Spanien mit 20.539 Zuwanderinnen und Zuwanderern (siehe Grafik). Der freie europäische Migrationsraum – eine weltweit einmalige Errungenschaft – entfaltet seine interne Dynamik, während die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern beschränkt bleibt. ›

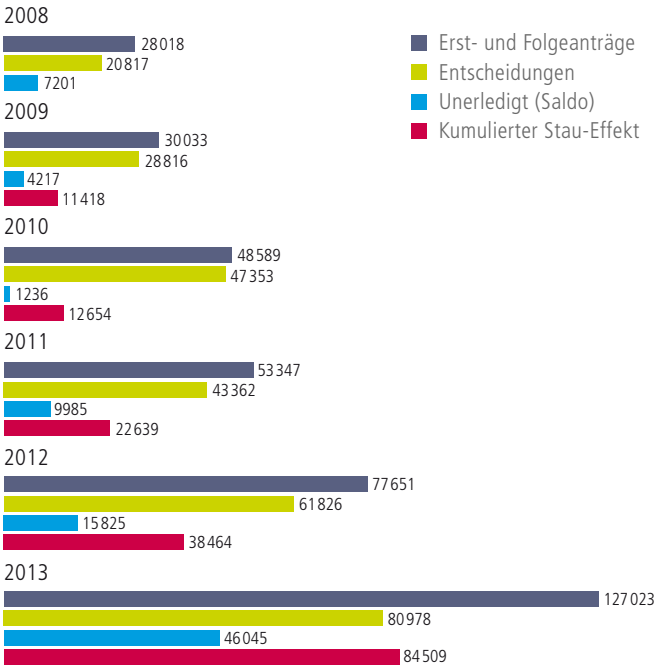
Deutschlands Migrationsbilanz 2012 bei ausgewählten Ländern

Wanderungsbilanz bei Ausländer/-innen insgesamt + 387 149

In der Grafik wie auch in den weiteren Angaben dieses Artikels sind Nettozahlen angegeben, Einwanderung und Auswanderung sind also gegeneinander aufgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bearbeitungsstau bei Asylanträgen in Deutschland



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2012, 2013; eigene Berechnungen

Gleichzeitig hat der Auswanderungsüberschuss in Richtung Türkei zwischen 2011 und 2012 zugenommen – von 1.735 auf 4.147 Personen. Es sind also deutlich mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei eingewandert als umgekehrt. Diese Bilanz ist allerdings noch nicht ins öffentliche Bewusstsein eingedrungen. Noch im Februar 2013 bezeichnete der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) die Türkei als das »Ursprungsland erheblicher Wanderungsbewegung nach Deutschland«. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. In den vergangenen Jahrzehnten verringerten sich sowohl die Zuwanderungs- als auch die Abwanderungszahlen zwischen Deutschland und der Türkei. Sie betragen inzwischen nur noch etwa ein Prozent der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland und treten mit etwa 30.000 Hin- und Her-Wanderern gegenüber den EU-internen Wanderungen zahlenmäßig zurück.

Großer Bearbeitungsstau bei Asylanträgen

Die Tragödien vor der italienischen Insel Lampedusa, bei der mehrere Hundert Flüchtlinge ertrunken sind, haben die Situation von Flüchtlingen wieder stärker ins Bewusstsein gebracht. Zugleich gibt es vielerorts in Deutschland heftige Diskussionen über bestehende und neu zu errichtende Flüchtlingsunterkünfte. Nach der gegenwärtigen deutschen Rechtsordnung ist der Bund für die Entscheidungen über Asylanträge zuständig, die Länder und Kommunen dagegen für die Unterbringung und Versorgung. Seit 2008 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Jahr für Jahr weniger Anträge bearbeitet, als Neuanträge eingegangen sind. Dadurch haben sich über die Jahre immer mehr unbearbeitete Asylanträge aufgestaut. Dieser Effekt entstand nicht erst mit den hohen Antragszahlen aus den Jahren 2012 und 2013, sondern schon vorher.

Das Innenministerium nahm diese Entwicklung hin. Erst der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vom Dezember 2013 kündigt eine entscheidende Aufstockung des Personals an. Die entstehenden Kosten fallen bisher bei den Ländern und Kommunen an. Hinzu kommen die Kosten durch die Errichtung neuer Unterkünfte. Dies verlangt viel Energie und Überzeugungsarbeit auf der örtlichen Ebene, die besser in die endgültige Integration der Flüchtlinge investiert werden könnte.

Vor allem aber ist der Bearbeitungsstau der Asylanträge eine Belastung für die Flüchtlinge selbst. Sie sind unnötigerweise gezwungen, sieben statt drei Monate in überfüllten Unterkünften zu verbringen – unsicher darüber, was ihre Lebensperspektive sein wird. Zudem verändern sich mit den langen Wartezeiten auch die Zusammensetzung der Asylbewerberschaft und die Qualität des Prüfungsprozesses. Flüchtlinge mit Aussicht auf Anerkennung bleiben länger im Ungewissen, etwa Flüchtlinge aus dem Iran und aus Syrien. Für Schleuserinnen und Schleuser ergeben sich daraus Anreize, Personen nach Deutschland zu bringen, die keinerlei Aussichten auf Asyl haben – beispielweise Menschen aus Serbien oder Mazedonien. Merkwürdigerweise wurde der Bearbeitungsstau bei Asylanträgen kaum in der Öffentlichkeit diskutiert. Stattdessen kam es um die Jahreswende 2013/14 zu einer Debatte über rumänische und bulgarische »Armutszuwanderinnen und -zuwanderer«.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit und die Wahrnehmung von Migration und Integration sind keineswegs deckungsgleich. Immer wieder entstehen im öffentlichen Diskurs ausgrenzende Fremdbilder zu bestimmten Migrantengruppen. Ihre Funktion ist es, die eigene Gesellschaft im Vergleich als besonders positiv herauszustellen. Frühere Einwanderungsprozesse werden im Nachhinein als sehr viel unproblematischer dargestellt. So ist es heute kaum mehr vorstellbar, dass es in den 1960er-Jahren eine Fülle von ausgrenzenden Witzen und Geschichten über Italienerinnen und Italiener gab. Für die heutigen Einwanderinnen und Einwanderer ist das problematisch, da es Gräben aufreißt. Glücklicherweise werden viele Feindbilder und Negativklischees später wieder vergessen und im Rückblick harmonisiert. ×

DER AUTOR

Prof. em. Dr. Dietrich Thränhardt war 1980–2008 Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Migrationsforschung an der Universität Münster. Er ist Koordinator des »Mediendienstes Migration«.
Kontakt: thranha@uni-muenster.de

Kinder zweiter Klasse: Junge Flüchtlinge in Bayern

Erwachsene Flüchtlinge, die Deutschland erreichen, werden nach dem Asylverfahrensgesetz den Bundesländern zugewiesen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kommen zunächst in die Obhut der staatlichen Jugendämter. Die Betreuung der Flüchtlinge durch nicht-staatliche Institutionen steht immer vor der Herausforderung, unsichere Lebensumstände zu bewältigen.

Von Jürgen Soyer

Weltweit steigt die Zahl an Flüchtlingen. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) spricht für das Jahr 2012 von 45,8 Millionen Flüchtlingen (UNHCR 2013). Besonders erschreckend ist, dass 46 Prozent aller Flüchtlinge weltweit Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind. Allein eine Million Kinder und Jugendliche aus Syrien leben inzwischen auf der Flucht.

Entgegen der häufig geäußerten Meinung ist das Hauptziel der Flüchtlinge nicht Europa – oder sogar Deutschland. Vielmehr flüchtet der Großteil der Vertriebenen innerhalb ihres Heimatlandes und ist dort auf der Suche nach einer sicheren Bleibe. Von denjenigen, die ihr Land verlassen, leben über 80 Prozent in Entwicklungsländern. Für Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten sind zum Beispiel eher die arabischen Länder das Ziel.

Dies hat vermutlich auch mit den lebensgefährlichen Fluchtrouten nach Europa zu tun. Da es in der Regel keine legale Möglichkeit gibt, nach Europa zu flüchten, versuchen die Menschen eine Einreise nach Europa in zumeist überfüllten Booten über das Mittelmeer, über die kaum weniger gefährlichen Grenzzäune (in der spanischen Exklave Ceuta) oder über die EU-Ostgrenzen. Viele Flüchtlinge überleben dies nicht, viele scheitern oder müssen mit ansehen, wie andere sterben. Zahlreiche Kinder und Jugendliche, die die Flucht nach Deutschland geschafft haben, berichten neben Kriegserlebnissen in ihren Heimatländern auch von anderen traumatischen Erlebnissen, die sie an den Grenzen Europas oder in einem europäischen Land bei ihrer Aufnahme machen mussten. Im Abschlussbericht der vom »Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen« und dem Lehrstuhl für Klinische Psychologie und Psychotherapie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) durchgeführten Studie zur »Erkennung psychischer Störungen bei Asylbewerbern« wird eine Traumatisierungsrate unter den erwachsenen Flüchtlingen von über 30 Prozent diagnostiziert (Butollo/Maragkos 2012). Gesicherte Daten für Kinder und Jugendliche liegen bislang nicht vor, aber es ist anzunehmen, dass die Traumatisierungsrate bei Kindern und Jugendlichen auf Grund ihrer besonderen Verletzbarkeit noch höher liegt.

Die bundesweit ansässigen Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sind immer nur für bestimmte Herkunftsländer zuständig. Dadurch ergibt sich eine sehr unterschiedliche Verteilung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Die Außenstelle des Bundesamtes in München ist zum Beispiel nicht für den Iran zuständig, deswegen bleiben in der Regel keine iranischen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Erstaufnahme in München, sondern werden auf andere deutsche Städte verteilt. München ist für die Demokratische Republik Kongo zuständig, weshalb hier vergleichsweise viele Kongolesinnen und Kongolesen leben. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden dagegen nicht in andere Bundesländer umverteilt, da sie gleich am Ort ihrer Antragsstellung vom Jugendamt in Obhut genommen werden müssen.

Grundsätzlich werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber durch Bundesgesetze bestimmt. Für erwachsene Asylbewerberinnen und Asylbewerber, aber auch für Kinder und Jugendliche im Asylverfahren, gilt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), nicht das SGB II, das als »Hartz IV« bekannt ist. Mit dem Urteil des Bundesver-

fassungsgerichts aus dem Jahr 2012 wurde der Regelsatz des AsylbLG, der bis zu 35 Prozent unter der Grundsicherung nach Hartz IV lag, für verfassungswidrig erklärt. Mittlerweile orientieren sich die Regelsätze an den Hartz-IV-Vorgaben. Auch Ausgaben für Nachhilfe oder für Klassenfahrten werden nun bewilligt.

Die politische Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik geschieht im Spannungsfeld zwischen aktiver Flüchtlingshilfe und Abschreckungspolitik. Der Freistaat Bayern hat erst im Jahr 2013 entschieden, dass auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) über 16 Jahren durch die stationäre Jugendhilfe betreut werden. Aktuell leben diese noch in den Unterkünften für die Erstaufnahme, da zu wenig Jugendhilfeplätze vorhanden sind. Je nach Einrichtung kann mehr oder weniger auf die speziellen Bedürfnisse dieser oftmals schwer traumatisierten Kinder und Jugendlichen eingegangen werden. Grundsätzlich gilt, dass jede Form der Unterbringung in der Jugendhilfe ein wichtiger Stabilisierungsfaktor im Vergleich zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften darstellt. Bei einer engmaschigen fachlichen Begleitung und einer guten Vernetzung mit anderen Unterstützern wie Sportvereinen, Schulen, Ärztinnen und Ärzten sowie Therapeutinnen und Therapeuten stellt dies eine wichtige Stütze für die jungen Menschen dar. Bis 2013 lebten alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Bayern in speziellen Asylbewerberinnen- und Asylbewerberunterkünften. Der Betreuungsschlüssel wird von jeder Einrichtung selbst festgelegt, wobei natürlich für jeden Jugendlichen der zu erstattende Tagessatz die Berechnungsgrundlage bildet. In Unterkünften, in der nachts keine pädagogische Betreuung angeboten wird, beläuft sich der durchschnittliche Betreuungsschlüssel im Jahr 2013 auf 1:5.

In Asylbewerberunterkünften kann das Kindeswohl nicht angemessen berücksichtigt werden.

Alle Kinder aus Asylbewerberunterkünften sollten in Obhut genommen werden, da das Kindeswohl in solchen Unterkünften nur unzureichend berücksichtigt wird. Begründen lässt sich dies mit Leistungseinschränkungen vor allem in der gesundheitlichen Versorgung, aber auch mit den Zuständen in den Unterkünften. Kinder, die mit ihren Eltern als Flüchtlinge in Deutschland ankommen, leben oft mehrere Jahre in einer solchen Unterkunft. Sie müssen sich dann oft ein Zimmer mit ihren Eltern teilen, in dem sie den Tag verbringen, schlafen und auch essen. Da diese Heime oft dicht belegt – manchmal auch überbelegt – sind, ist es eng und laut. Kinder und Jugendliche haben keinen Rückzugsraum zum Spielen oder um Hausaufgaben zu machen. Viele dieser Kinder berichten, dass sie sich dafür schämen, wie sie wohnen. Deswegen nehmen sie beispielsweise Einladungen ihrer Klassenkameradinnen und Klassenkameraden nicht an, weil sie fürchten, dass sie diese dann auch in ihr Zuhause einladen müssten. Die Gemeinschaftstoiletten in den Unterkünften sind oft weit von den Zimmern entfernt. Die Kinder trauen sich nachts nicht alleine auf die Toilette. Auch dass die Gemeinschaftsduschen oft frei zugänglich sind, wirkt für viele Bewohnerinnen und Bewohner beängstigend. Nur in Unterkünften mit abgeschlossenen Wohneinheiten, die Bad und Toilette beinhalten, fühlen sich Kinder und Jugendlichen sicher. Leider sind solche Unterkünfte in Bayern in der Minderzahl.

Die Leistungseinschränkungen rufen bundesweit viele Hilfsorganisationen mit Eigenmitteln auf den Plan, um die Hilfe für Flüchtlinge zu verbessern. Zusätzlich zu den Eigenmitteln gilt es, öffentliche Zuschüsse sowie Stiftungs- und Spendengelder zu akquirieren. Für die Sozialberatung übernimmt der Freistaat Bayern derzeit rund 70 Prozent der dafür anfallenden Personalkosten. Dies ist eine freiwillige Leistung, die deshalb auch wieder zurückgenommen werden kann. Die restlichen 30 Prozent der Personalkosten und alle anderen Verwaltungskosten müssen die Vereine, Verbände oder Kirchen selbst aufbringen. Die Landeshauptstadt München engagiert sich finanziell aus politischer Überzeugung seit Jahren freiwillig und überdurchschnittlich stark, indem sie zum Beispiel ein Programm zur beruflichen Weiterentwicklung für Flüchtlinge, Sprachkurse oder auch die Arbeit des psychologischen Behandlungszentrums REFUGIO (der Begriff kommt aus dem Spanischen und bedeutet »Zuflucht«) maßgeblich finanziert.

Oft werden Flüchtlinge in kleine Dörfer in der Provinz verteilt. Die örtliche Sozialberatung – sofern vorhanden – fühlt sich wegen der Sprachbarrieren und des sehr speziellen Wissens, das die Arbeit im Asylbereich erfordert, nicht zuständig. Für Flüchtlinge, die in der Provinz leben, ist die Kontaktaufnahme zu den zentralen städtischen Beratungsstellen aber wegen der Fahrtkosten und wegen des Zeitaufwands oft nur schwer möglich. Deswegen liegt es dann an örtlichen Ehrenamtlichengruppen, diese Hilfe in irgendeiner Weise bereitzustellen oder zu ermöglichen.

Die Vielfalt der Hilfsstruktur ermöglicht einerseits ein hohes Maß an zielgerichteten Hilfen, auch durch ehrenamtliches Engagement. Wo keine fest zementierten Strukturen herrschen, können Menschen problemloser aktiv werden. Andererseits wird die Flüchtlingsarbeit durch unsichere Finanzierungsstrukturen beeinflusst. Das hat Auswirkungen sowohl auf die Hilfstätigen als auch auf die Flüchtlinge selbst. ×

DER AUTOR

Jürgen Soyer, Dipl.-Sozialpädagoge, Dipl.-Theologe, ist Geschäftsführer der Flüchtlingshilfsorganisation REFUGIO München, Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer.
Kontakt: juergen.soyer@refugio-muenchen.de

LITERATUR

↗ BUTOLLO, WILLI / MARAGKOS, MARKOS (2012): Gutachterstelle zur Erkennung psychischer Störungen bei Asylbewerbern. Abschlussbericht. München
↗ UNHCR (2013): Flucht und Vertreibung in 2013 auf Rekordkurs. Im Internet verfügbar unter: www.unhcr.de/home/artikel/c7b34dcf6b3ceb5ba30b0cfb78a64419/flucht-und-vertreibung-im-ersten-halbjahr-stark-angestiegen.html?L=0 (Zugriff: 01.04.2014)

Flüchtlingskinder, Jugendhilfe und Kinderschutz

Die deutsche Kinder- und Jugendhilfe diskriminiert Flüchtlingskinder unbeabsichtigt. Während wissenschaftliche Studien zur Lebenssituation von jungen Flüchtlingen noch fehlen, untersuchten Forscherinnen und Forscher in den letzten Jahren, wie Flüchtlingskinder unter der schwierigen Situation ihrer Familie leiden – und welche Faktoren sich positiv auswirken können.

Von Heinz Kindler

Im Geschichtsbewusstsein der deutschen Kinder- und Jugendhilfe haben weder die Erfahrungen der vor dem Zweiten Weltkrieg aus Deutschland vertriebenen Kinder (zum Beispiel Fast 2011) noch die Erlebnisse der Kinder, die während oder im Anschluss an den Krieg nach Deutschland vertrieben wurden (zum Beispiel Weber-Newth 2012) nennenswerte Spuren hinterlassen. Pionierstudien zur damaligen psychischen Situation und Entwicklung von Flüchtlingskindern sind heute weitgehend vergessen.

Mit dem Wandel Deutschlands von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand zwar ein zunehmendes Interesse der sozialen Arbeit an Kindern und Jugendlichen aus sogenannten Gastarbeiterfamilien. Dieses war aber stark darauf fokussiert, den Schulerfolg der Kinder sicherzustellen und Kriminalität zu verhindern. Andere Aspekte, die der Kinder- und Jugendhilfe helfen könnten, ihr heutiges »Fremdeln« gegenüber den Bedürfnissen und Lebenslagen von Flüchtlingskindern zu überwinden, sind nur selten in den Blick geraten. Vor allem ein mehrdimensionales Verständnis von Akkulturation, das Kenntnis und Wertschätzung sowohl der Kultur in Deutschland als auch der Kultur in der Herkunftsfamilie als förderungswürdig begreift, hat in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe nie richtig Fuß gefasst. Dementsprechend legt sie mehr Wert darauf, dass sich Flüchtlingskinder die Werthaltungen und Lebensweisen der deutschen Mehrheitsgesellschaft aneignen, als das Alternativmodell, das eine bikulturelle Kompetenz bevorzugt (für Forschungsübersichten siehe Bornstein/Cote 2006; Coll 2012).

Das Feld des Kinderschutzes nähert sich Problemlagen in Flüchtlingsfamilien bislang vor allem mit einer besonderen Auf-

merksamkeit für schädigende kulturelle Praktiken in manchen Familien, wie etwa (drohender) weiblicher Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung von Jugendlichen oder schweren Restriktionen von Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit bei jugendlichen Mädchen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass solche Praktiken nicht toleriert werden können und notfalls einen Anlass für staatliches Eingreifen zum Schutz von Kindern darstellen. Zugleich zeigen aber vergleichende Analysen von Praxis- und Politikstrategien in Europa, dass diese Themen in Deutschland – bedingt durch schwache oder nicht existente Strukturen der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen migrierter Familien – in der besonderen Gefahr stehen, zu einem Mittel der Ausgrenzung zumeist muslimischer Familien zu werden (zum Beispiel Yurdakul/Korteweg, im Druck).

Wie das Kinderschutzsystem Flüchtlinge diskriminiert, ist kaum erforscht

Zudem wurde in Deutschland die Gefahr institutioneller Diskriminierung im Kinderschutzsystem (zum Beispiel durch häufigere Fremdunterbringungen) bislang eher selten zum Gegenstand kritischer Selbstüberprüfung. Das Projekt »migrationssensibler Kinderschutz« (Jagusch 2012) war zwar dafür ein sehr wichtiger und positiver erster Schritt. Im Verhältnis dazu, wie intensiv in einigen anderen Ländern (etwa in den USA, den Niederlanden oder England) beobachtet wird, ob Kinder aus bestimmten Ethnien oder Kulturen im Kinderschutzsystem überrepräsentiert sind, wird dieser Thematik in Deutschland wenig Aufmerksamkeit geschenkt (Alan 2014). Bislang nicht erforscht ist insbesondere, ob Kinder mit unterschiedlichem Aufenthaltstitel gleich häufig Schutz erfahren wie deutsche Kinder, wenn sie Opfer von Vernachlässigung, Misshandlung oder Missbrauch werden.

Zudem haben alle Kinderschutzsysteme mit dem Problem zu kämpfen, nach eingegangenen Kinderschutzmitteilungen in ausreichender Zahl kulturell kompetente Fachkräfte für die Kommunikation mit migrierten Familien oder ambulante Hilfen zur Erziehung zu rekrutieren. Flüchtlingsfamilien stellen hierbei eine besondere Herausforderung dar, da sie häufig kulturellen oder ethnischen Gruppen angehören, die in Deutschland eher selten vertreten sind, und sich zudem die Herkunftsländer von Flüchtlingsfamilien in Abhängigkeit von politischen Ereignissen rasch verändern.

Während also auf der einen Seite noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um die »Fitness« der Kinder- und Jugendhilfe und speziell des Kinderschutzsystems für Versorgung und Schutz von Flüchtlingskindern zu erhöhen, sind auf der anderen Seite in den letzten Jahren viele Informationen über Belastungen und Bedürfnisse, aber auch über die Stärken von begleiteten Flüchtlingskindern zusammengetragen worden.

Einen Schwerpunkt der wissenschaftlichen Literatur bilden Befunde zur Verbreitung von posttraumatischen Belastungsstörungen bei Flüchtlingskindern. So stellten etwa die Psychologen Martina Ruf, Maggie Schauer und Thomas Elbert (2010) fest, dass fast alle der von ihnen untersuchten begleiteten Flüchtlingskinder wiederholt traumatische Ereignisse erlebt hatten. Etwa ein Fünftel der Kinder hatte hierauf mit der Entwicklung einer posttraumatischen Belastungsstörung reagiert. Ähnliche Häufigkeiten werden auch bei Flüchtlingskindern in anderen westlichen Industrieländern berichtet. Die wenigsten der Kinder erhielten zeitnah ein angemessenes psychotherapeutisches Angebot. Das ist sehr problematisch, da posttraumatische Belastungsstörungen chronisch werden und dann zu langfristig negativen Folgen für die psychische Gesundheit führen können. Dringend benötigt werden daher Fachkräfte, die Brücken zum kinderpsychiatrischen Versorgungssystem schlagen können.

»Bis zu 50 Prozent der Kinder in Flüchtlingsunterkünften reagierten auf die Belastungen ihrer Flucht zeitweise mit psychischen Auffälligkeiten.«

Jenseits posttraumatischer Belastungsstörungen zeigen Untersuchungen in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland, dass ein substanzieller Anteil (bis zu 50 Prozent) der dort begleitet lebenden Kinder und Jugendlichen zumindest zeitweise auf die Belastungen vor, während und nach der Flucht mit psychischen Auffälligkeiten reagiert (Gavranidou u.a. 2008). Neben Unterstützungsangeboten für Kinder und Jugendliche selbst spielen psychische Belastungen oder gar Erkrankungen der Eltern hier eine besondere Rolle. Ein Weg zum Kindeswohl führt daher über die Förderung des Elternwohls. Tatsächlich lässt sich belegen, dass positive Beziehungen zu Eltern oder anderen begleitenden Verwandten, aber auch weitere unterstützende Erwachsene Flüchtlingskindern helfen, Belastungen zu überwinden. Vor einem solchen Hintergrund ist zu betonen, dass sich Kinder aus Flüchtlingsfamilien teilweise beeindruckend resilient zeigten (APA 2010), sie also trotz schwieriger Situationen eine positive Entwicklung aufwiesen. Viele der Kinder können unter den richtigen Bedingungen zu einem wichtigen Potenzial für unsere Gesellschaft oder die Gesellschaft ihres Heimatlandes werden.

Flüchtlingsheime schaden den Kindern häufig

Nur wenige Fachkräfte werden bislang behaupten wollen, dass die behördlich gestalteten Lebensumwelten und Verfahren, die Flüchtlingskinder durchlaufen, ausreichend auf das Wohl dieser Kinder ausgerichtet sind. Empirische Studien, etwa zu den Auswirkungen des Asylverfahrens auf Kinder, sind aber bislang selten. Eine Ausnahme stellt die Längsschnittstudie der holländischen Sozialwissenschaftlerin Elianne Zijlstra (2012) dar, die aufzeigt, dass sich ein über längere Zeit unklarer Aufenthaltstitel auf Kinder besonders belastend auswirkt. Zudem kann sich die Lebensumwelt in den Flüchtlingsunterkünften schädlich auswirken: etwa dadurch, dass Kinder dort Gewalt miterleben, durch das Leben auf engem Raum (Dichtestress) oder durch fehlenden Schutz vor sexuellen Übergriffen durch andere Mitbewohner (Helming 2012).

Der Rechtsbegriff der Kindeswohlgefährdung zielt auf das Verhältnis zwischen Staat und Eltern. Bei einer konkreten Gefahr, dass Eltern durch ihr Handeln oder Unterlassen ein Kind erheblich schädigen, besteht eine Berechtigung und Verpflichtung zum staatlichen Eingreifen. Das ist allerdings gebunden an das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Eine solche liegt nicht vor, wenn das Wohl eines Kindes vor allem durch die vom Staat selbst zu verantwortenden Lebensbedingungen seiner Familie gefährdet würde. Anders ist die Situation, wenn Eltern das Kind zum Beispiel misshandeln oder eine Behandlung selbst schwerer psychischer Auffälligkeiten des Kindes verweigern. Da die Grundrechte von Eltern und Kindern nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen, kommen auch hier Eingriffe von Seiten des Staates nur dann in Betracht, wenn Möglichkeiten, die Eltern umzustimmen, ausgeschöpft sind oder fehlen. Informationen dazu, wie Kinder nach Vertreibung und Flucht Zusammenbrüche oder Misshandlung seitens ihrer Eltern verkraften, fehlen bislang. Gleiches gilt für Erfolgsaussichten ambulanter Hilfen und Fallverläufe nach Fremdunterbringung. Offen scheint auch die Frage, wie Beratungsansprüche an Beschäftigte in Flüchtlingsunterkünften nach § 8b SGB VIII (Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen) bei gewichtigen Anhaltspunkten für Gefährdung kompetent erfüllt werden können. ×

DER AUTOR

Dr. Heinz Kindler, Dipl.-Psychologe, ist Leiter der Fachgruppe »Familienhilfe und Kinderschutz« in der Abteilung »Familie und Familienpolitik« des Deutschen Jugendinstituts. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kinderschutz, Entwicklung von Kindern in Fremdunterbringung sowie Hochstrittigkeit zwischen Eltern nach Trennungen und Partnerschaftsgewalt.
Kontakt: kindler@dji.de

LITERATUR

↗ ALAN, DETTLAFF (2014): The evolving understanding of disproportionality and disparities in child welfare. In: Korbin, Jill / Krugman, Richard (Hrsg.): Handbook of child maltreatment. New York, S. 149–168
↗ AMERICAN PSYCHOLOGICAL ASSOCIATION (APA) (2010): Resilience and recovery after war: Refugee children and families in the United States. Washington
↗ BORNSTEIN, MARC / COTE, LINDA (2006): Acculturation and parent-child relationships. Mahwah
↗ FAST, VERENA (2011): Children's Exodus: A History of the Kindertransport. London
↗ COLL, CYNTHIA GARCIA (2012): The impact of immigration on children's development. Basel
↗ GAVRANIDOU, MARIA / NIEMIEC, BARBARA / MAGG, BIRGIT / ROSNER, RITA (2008): Traumatische Erfahrungen, aktuelle Lebensbedingungen im Exil und psychische Belastung junger Flüchtlinge. In: Kindheit und Entwicklung, Heft 4, S. 224–231
↗ HELMING, ELISABETH (2012): Gefährdung durch sexuelle Gewalt in Flüchtlingsunterkünften. In: IzKK-Nachrichten, Heft 1, S. 18f. Im Internet verfügbar unter: www.dji.de/bibs/IzKK_Nachrichten_2012.pdf (Zugriff: 13.02.2014)
↗ JAGUSCH, BIRGIT / SIEVERS, BRITTA / TEUPE, URSULA (2012): Migrationssensibler Kinderschutz. Ein Werkbuch. Frankfurt
↗ RUF, MARTINA / SCHAUER, MAGGIE / ELBERT, THOMAS (2010): Prävalenz von traumatischen Stresserfahrungen und seelischen Erkrankungen bei in Deutschland lebenden Kindern von Asylbewerbern. Zeitschrift für klinische Psychologie und Psychotherapie, Heft 3, S. 151–160
↗ YURDAKUL, GÖKÇE / KORTEWEG, ANNA (im Druck): Gender equality and immigrant integration: Honor killing and forced marriage debates in the Netherlands, Germany, and Britain. In: Women's Studies International Forum
↗ WEBER-NEWTH, INGE (2012): The burden of the past: Flight and expulsion as a socio-psychological phenomenon. In: Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, Heft 1, S. 21–35
↗ ZIJLSTRA, ELIANNE (2012): In the best interest of the child? Thesis. Groningen

Flüchtlingskinder:
eine vergessene Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe diskutiert bereits seit den 1990er-Jahren ihre interkulturelle Öffnung. Dennoch hängt es vom Einzelfall ab, ob junge Flüchtlinge und ihre Familien von den Angeboten profitieren. Um zu klären, wie die Kinder- und Jugendhilfe Flüchtlingskinder unterstützt, ist weitere Forschung nötig.

Von Christian Peucker und Mike Seckinger

Flüchtlingspolitische Fragen sind in den letzten Monaten stärker in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Gründe dafür sind die Flüchtlingsproteste in mehreren Städten, das tragische Schiffsunglück vor Lampedusa mit Hunderten von Toten und die wieder steigende Anzahl von Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen. Dieser Artikel geht der Frage nach, wie Kinder, Jugendliche und Familien mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus – also mit einer Duldung oder im laufenden Asylverfahren – in Deutschland leben und was die Kinder- und Jugendhilfe unternimmt, um ihre Situation zu verbessern.

Asylsuchende oder geduldete Familien bekommen in der Regel nach wie vor Sachleistungen in Form von Essenspaketen und müssen in »Gemeinschaftsunterkünften« wohnen. Die räumliche Enge und fehlende Privatsphäre sind für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen nicht förderlich. Die fehlende Gewissheit, in Deutschland bleiben zu können, ist äußerst belastend und erschwert es ihnen, eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Hinzu kommen belastende und traumatisierende Erlebnisse, die die Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern in ihrem Heimatland oder auf der Flucht erfahren haben (Weiss 2009). Die Freizeitaktivitäten der Kinder und Jugendlichen sind meist eng begrenzt: Sie haben kaum Bargeld zur Verfügung und leben oft in Unterkünften, die weit weg von Stadtzentren oder Sportstätten liegen. Die Sozialbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften hat in der Regel einen Fokus, der nicht auf die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet ist. Ob junge Flüchtlinge ihre Freizeit altersgemäß verbringen können, hängt vielfach vom bürgerschaftlichen Engagement von Privatpersonen oder von der Bereitschaft bestehender Jugendhilfeeinrichtungen ab, sich in der Arbeit mit Flüchtlingskindern zu engagieren.

> Die fehlende Gewissheit, in Deutschland bleiben zu können, ist für Flüchtlinge äußerst belastend.

Initiativen wie »Bunt kickt gut« (eine interkulturelle Straßenfußball-Liga) oder die Flüchtlingsräte (unabhängige Vertretungen von Flüchtlingsselbstorganisationen und Unterstützungsgruppen), die es in allen Bundesländern gibt, haben Angebote für Kinder und Jugendliche mit einem Flüchtlingshintergrund entwickelt. Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen Regelangebote und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch nehmen, ist bundesweit nicht bekannt. Ebenso wenig weiß man, ob und mit welchen Konzepten die Kinder- und Jugendhilfe Angebote für diese Zielgruppe schafft beziehungsweise den jungen Menschen den Zugang zu ihren Angeboten erleichtert. Die Jugendhilfe hätte durchaus Möglich-

keiten, die Lebenssituation dieser Kinder und Jugendlichen zu verbessern, etwa durch die Wahrnehmung ihrer Lobbyfunktion, die Kooperation mit Akteuren, die im Bereich der Flüchtlingshilfe aktiv sind, die Entwicklung und Gestaltung niedrigschwelliger Angebote und durch eine Qualifizierung der Jugendhilfeplanung.

Die Kluft zwischen Anspruch und Realität interkultureller Öffnung

Seit den 1990er-Jahren wird die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe diskutiert und programmatisch gefordert. Ein Ziel wäre dabei, die Regelangebote so zu qualifizieren, dass alle Menschen sie in Anspruch nehmen können, egal ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Das könnte beispielsweise verwirklicht werden, indem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interkulturell und diversitätsbewusst geschult werden und indem man Zugangsbarrieren abbaut. Die überwiegende Mehrzahl der Jugendämter (92 Prozent) betrachtet es laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts als Ziel, Familien, Kindern und Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund den Zugang zu den vorhandenen Angeboten zu erleichtern. Deutlich weniger Jugendämtern ist es dagegen wichtig, interkulturelle Kompetenzen in Stellenausschreibungen zu nennen (46 Prozent) und aktiv nach Personal mit einem Migrationshintergrund zu suchen (38 Prozent; Gadow 2013). Dies ist ein Hinweis darauf, dass die interkulturelle Öffnung vielerorts noch nicht umgesetzt wurde, und es ist zu vermuten, dass dies insbesondere für Flüchtlinge gilt. Junge Menschen, die zusammen mit ihren Eltern nach Deutschland geflohen sind, sind bislang kaum ein Thema in den Diskursen der Kinder- und Jugendhilfe – und falls doch, dann im Bereich des Umgangs mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Sie in Obhut zu nehmen, ist im SGB VIII als Auftrag der Jugendhilfe verankert. Aktuell stehen Kommunen unter starkem Druck, ausreichende und qualifizierte Plätze für unbegleitete Minderjährige zu schaffen.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat den Auftrag, dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für alle jungen Menschen und ihre Familien zu schaffen (§ 1 SGB VIII) und ihre Interessen auch gegenüber anderen Behörden zu vertreten. Dies müsste sie gerade für Kinder und Jugendliche übernehmen, die mit ihren Familien nach Deutschland geflohen sind. Einen Rahmen dafür bieten beispielsweise Runde Tische für Flüchtlingsfragen, an denen etwa das Ausländeramt, das Jugendamt, Wohlfahrtsverbände und weitere Akteure beteiligt sind (dazu zum Beispiel Stadt Nürnberg 2012). Abgesehen von solchen nicht auf Einzelfälle bezogenen Gremien bietet sich die Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden an, mit den Sozialdiensten in den Gemeinschaftsunterkünften, mit engagierten privaten Initiativen und Flüchtlingsselbsthilfegruppen sowie mit den Arbeitsagenturen und mit Anbietern therapeutischer Maßnahmen. ›

Junge Flüchtlinge erhalten durch den Besuch von Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit Bildungsmöglichkeiten und Freiräume, die ihnen ansonsten wegen der Isolation und räumlichen Enge der Gemeinschaftsunterkünfte und aufgrund der geringen Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes verwehrt bleiben. Die Anzahl von Kindern mit einem Flüchtlingshintergrund, die Kindertageseinrichtungen oder Jugendzentren besuchen, ist bundesweit allerdings nicht bekannt; auch auf kommunaler Ebene dürfte es dazu häufig keine Zahlen geben.

> Junge Flüchtlinge erhalten durch den Besuch von Kitas Bildungsmöglichkeiten, die ihnen ansonsten verwehrt bleiben.

Es ist kaum statistisch erfasst, welche Angebote Flüchtlingsfamilien wahrnehmen

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Bedarf an Hilfen zur Erziehung bei Familien mit einem Flüchtlingshintergrund nicht zuletzt aufgrund der insgesamt sehr belastenden Lebenssituation hoch ist. Wenn Flüchtlinge solche Hilfen in Anspruch nehmen, droht ihnen meist nicht die Ausweisung – es ist jedoch anzunehmen, dass dennoch derartige Ängste bestehen. Zu einer Ausweisung kann es allerdings dann kommen, wenn Familien ohne regulären Aufenthaltsstatus oder geduldete Familien für den Aufenthalt ihres Kindes in einem Heim nicht selbst aufkommen können (Kunkel 2009). Es liegen jedoch keine Daten dazu vor, wie viele Flüchtlingsfamilien ambulante oder stationäre Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen. Besser ist die Datenlage bei den Inobhutnahmen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (Statistisches Bundesamt, Fachserie »Vorläufige Schutzmaßnahmen«).

Angebote für die differenzierten Lebenslagen aller Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien zu entwickeln, ist Aufgabe der gesetzlich vorgeschriebenen Jugendhilfeplanung. Die DJI-Jugendamtsbefragung aus dem Jahr 2009 hat ergeben, dass in den Jugendhilfeplänen auch Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund formuliert sind: im Bereich Jugendarbeit zu 68 Prozent, im Bereich Hilfen zur Erziehung zu 40 Prozent (Gadow 2013). Nicht bekannt ist, inwieweit Kinder und Jugendliche mit einem Flüchtlingshintergrund als eigene Zielgruppe in der Jugendhilfeplanung berücksichtigt werden und ob in die Planungen etwa die Sozialbetreuung der Wohlfahrtsverbände in den Flüchtlingsunterkünften einbezogen ist.

Mit der gestiegenen öffentlichen Aufmerksamkeit auf flüchtlingspolitische Fragen rückt die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien, die nach Deutschland geflohen sind, auch in der Kinder- und Jugendhilfe stärker in den Fokus. Es besteht allerdings noch großer Forschungsbedarf, um zu klären, wie sich die Kinder- und Jugendhilfe für Kinder, Jugendliche und Familien mit einem Flüchtlingshintergrund einsetzt. Fragen, die noch offen bleiben, sind zum Beispiel, wie Jugendämter mit den Ausländerbehörden kooperieren, welche Standards es für die Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gibt und wie viele Kinder und Jugendliche Angebote wie Kindergärten, Jugendzentren und ambulante oder stationäre Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen. ×

DIE AUTOREN

Christian Peucker ist wissenschaftlicher Referent des Projekts »Jugendhilfe und sozialer Wandel« in der Abteilung »Jugend und Jugendhilfe« des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und befasst sich unter anderem mit dem Umgang der Kinder- und Jugendhilfe mit Fragen der Migration.
Kontakt: peucker@dji.de

Dr. Mike Seckinger ist Leiter der Fachgruppe »Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe« in der Abteilung »Jugend und Jugendhilfe« des Deutschen Jugendinstituts. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Jugendhilfeforschung, Institutionenforschung, Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, Gemeindepsychologie, Methoden empirischer Sozialforschung, Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe sowie Elternarbeit.
Kontakt: seckinger@dji.de

LITERATUR

↗ GADOW, TINA / PEUCKER, CHRISTIAN / PLUTO, LIANE / VAN SANTEN, ERIC / SECKINGER, MIKE (2013): Wie geht's der Kinder- und Jugendhilfe? Empirische Befunde und Analysen. Weinheim/Basel

Kunkel, Peter-Christian (2009): Jugendhilfe versus Ausländerrecht. In: Jugendhilfe, Heft 2, S. 116–130

↗ WEISS, KARIN (2009): Lebenslagen von jungen Flüchtlingen in Deutschland. In: Krappmann, Lothar / Lob-Hüdepohl, Andreas / Bohmeyer, Axel / Kurzke-Maasmeier (Hrsg.; 2009): Bildung für junge Flüchtlinge – ein Menschenrecht. Erfahrungen, Grundlagen und Perspektiven. Forum Bildungsethik. Bielefeld, S. 59–70

↗ STADT NÜRNBERG (2012): Asylbewerber/innen in Nürnberg. Im Internet verfügbar unter: www.nuernberg.de/imperia/md/gruene/dokumente/antraege/kommission_fuer_integration/bericht_rueckfuehrung_und_potentiale_nutzen.pdf (Zugriff: 28.1.2014)

↗ STATISTISCHES BUNDESAMT (diverse Jahrgänge): Vorläufige Schutzmaßnahmen. Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden

Flüchtlingskinder besser verstehen: Die »Transnationale Biografiearbeit«

Junge Flüchtlinge haben oft traumatisierende Erfahrungen gemacht. Um sie angemessen betreuen zu können, ist es hilfreich, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialen Arbeit dafür sensibilisiert sind. Die Methode der »transnationalen Biografiearbeit« dient als Herangehensweise im Umgang mit diesen Kindern und Jugendlichen, soll aber auch strukturelle Missstände in den Blick nehmen.

Von Caroline Schmitt und Hans Günther Homfeldt

Die Gründe, warum minderjährige Flüchtlinge unbegleitet aus ihren Herkunftsländern fliehen, sind vielfältig: Manche flüchten vor Bürgerkriegen, andere vor sexueller Ausbeutung oder weil sie Angst haben, als Kindersoldaten rekrutiert zu werden. Weitere Motive sind die politische Verfolgung der Eltern, die eingesperrt oder getötet wurden. Aber auch die Folgen von Naturkatastrophen sind nicht selten ein Grund, das Herkunftsland zu verlassen.

In Deutschland kommen zunehmend Flüchtlingskinder an. Genaue Statistiken dazu gibt es nicht. Ein Anhaltspunkt ist die Anzahl der sogenannten Inobhutnahmen durch die Jugendämter: Im Jahr 2012 wurden 40.227 Inobhutnahmen durch-

»Die transnationale Biografiearbeit soll den Beschäftigten in der Sozialen Arbeit ein besseres Verständnis für die Situation der Kinder vermitteln.«

geführt, darauf entfielen immerhin 4.767 auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Pothmann 2013). Im Jahr 2011 waren es 3.782 und für 2010 wurden 4.216 erfasst. Die meisten Kinder und Jugendlichen flohen aus Afghanistan, Syrien, Somalia und dem Irak nach Deutschland (Hummitzsch 2013).

Mit der staatlichen Inobhutnahme allein wird man den schwierigen Lebenssituationen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nicht gerecht. Deshalb ist die als transnationale Biografiearbeit bezeichnete »Betreuungsarbeit« besonders wichtig. Sie hat das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Sozialen Arbeit und in anderen Institutionen ein besseres Verständnis für die Situation der Kinder und Jugendlichen zu vermitteln (Parusel 2009). Die jungen Menschen haben häufig Familienangehörige und Freunde verloren, sind traumatisiert und befinden sich in einem fremden Umfeld. Diese schwierige Lebenssituation müsste mit einem »transnationalen Blick« auf die kindlichen Biografien bearbeitet werden. Gleichzeitig sollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialen Arbeit auf strukturelle Missstände aufmerksam machen (Homfeldt/Schmitt 2012). Der Sozialen (Flüchtlings-)Arbeit kommt somit auch eine politische Aufgabe zu.

Flüchtlingskinder haben nicht nur besondere Probleme, sondern auch besondere Fähigkeiten

Die nach Deutschland geflohenen Kinder und Jugendlichen haben traumatisierende Ereignisse wie den Verlust von Familienangehörigen und die Flucht über Ländergrenzen hinter sich gebracht. Aus diesem Grund ist es nach ihrer Flucht besonders wichtig, dass sie stabile Bindungen zu Bezugspersonen und konstante liebevolle Zuwendung erfahren. Diese Diskrepanz von belastenden Erfahrungen und einer für die Entwicklung von Kindern notwendigen Stabilität des Lebensumfelds erfordert von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Sozialen Arbeit und in den psychotherapeutischen

Einrichtungen, von Polizeibeamtinnen und -beamten sowie von den als Vormund eingesetzten Frauen und Männern eine besondere Sensibilität für die Situation der Kinder.

Sie müssen auch anerkennen, dass Flüchtlingskinder keineswegs eine homogene Gruppe sind. Die betreuenden Personen und Institutionen sollten immer die jeweilige persönliche Lebenssituation der Flüchtlinge im Blick haben (Stauf 2011). Damit müssen neben der Bearbeitung von Problemen auch die Fähigkeiten und Kompetenzen dieser Kinder und Jugendlichen anerkannt werden. Diese gilt es zu stärken, ohne sie zu überschätzen. Um einem solchen Auftrag gerecht werden zu können, bedarf es einer als »transnationale Biografiearbeit« bezeichneten Methode, die die Belastungen, Hoffnungen und Wünsche der Kinder und Jugendlichen (er-)kennt und berücksichtigt. Notwendig ist eine den Empfindsamkeiten und transnationalen Sozialräumen der Heranwachsenden angepasste Trauma-Bearbeitung, die bei der Knüpfung von Kontakten in Deutschland und bei der Suche nach Angehörigen im In- und Ausland Unterstützung anbietet sowie Politik und Institutionen für strukturelle Herausforderungen in der Arbeit mit Flüchtlingskindern sensibilisiert.

Neuere Veröffentlichungen zur Trauma-Bearbeitung belegen ein wachsendes Bewusstsein der Forschung für die Belange von Flüchtlingskindern. So skizzieren die Psychotherapeutinnen Heidrun Schulze, Ulrike Loch und Silke Brigitta Gahleitner (2012) das ökologisch-dialektische Modell zur Trauma-Bewältigung (basierend auf Fischer/Riedesser 2009) und arbeiten das Zusammenwirken objektiver traumatischer Außenfaktoren mit subjektiven Bedeutungszuschreibungen heraus. Das Modell bietet wegen seines Phasenbezuges, in dem behutsam das Selbstverstehen der Kinder und Jugendlichen gefördert werden soll, ein geeignetes Gerüst für die Trauma-Arbeit mit unbegleiteten Flüchtlingskindern.

In der Trauma-Arbeit und alltagsweltlichen Unterstützung der Flüchtlingskinder besteht insgesamt, wie von der Trauma-Therapeutin Dima Zito (2010) ausgeführt, die Notwendigkeit, den gesamten transnationalen Lebenskontext der Flüchtlinge einzubeziehen. Ist es Flüchtlingskindern nicht möglich, sich verbal zu öffnen, kann die Methode des Selbstreports ein geeigneter Zugang dafür sein, sich den Deutungen und Perspektiven der Kinder zu nähern. Im Selbstreport können die Kinder frei schreiben und sehen sich keinem unmittelbaren Erzähldruck – wie beispielsweise in einer Therapie-Sitzung – ausgesetzt.

Die Suche nach Angehörigen ist ein Teil der Biografiearbeit

Während transnationale Biografiearbeit zum einen die direkte Arbeit und Aufarbeitung mit dem betreffenden Kind umfasst, sollte sie zum anderen nicht bei den gewonnenen Erkenntnissen stehen bleiben. Leiden Kinder beispielsweise unter der Trennung von Angehörigen, kann eine Aufgabe der unterstützenden Sozialarbeit darin bestehen, die Suche nach Familienmitgliedern als Teil der Biografiearbeit anzugehen. Unterstützung bei der Suche nach Familienangehörigen bieten beispielsweise der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, der Internationale Sozialdienst im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, die Regionalvertretung des UN-Flüchtlingshilfwerks UNHCR in Deutschland sowie nationale Botschaften oder Entwicklungshilfeorganisationen (Keller 2011).

Eine transnationale Biografiearbeit, die die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mit ihrem Erleben, ihren Deutungen und Lebensperspektiven in den Mittelpunkt stellt und sich strukturell für eine Verbesserung der Lebenssituationen von Flüchtlingskindern engagiert, erfordert einen wertschätzenden Umgang mit den jungen Menschen. Es ist nötig, eine individuelle Perspektive auf den jeweiligen Lebensverlauf zu entwickeln. Die Unterstützung der Flüchtlingskinder darf nicht an nationalstaatlichen Grenzen haltmachen und sollte unter anderem die Suche nach Familienangehörigen auch in anderen Ländern als Deutschland beinhalten. ×

DIE AUTORIN, DER AUTOR

Caroline Schmitt, Dipl.-Pädagogin, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Migrantenökonomie, (Transnationale) Migration sowie Soziale Arbeit und Transnationalität.
Kontakt: schmica@uni-mainz.de

Prof. em. Dr. Hans Günther Homfeldt lehrte an der Universität Trier in der Abteilung Sozialpädagogik mit den Arbeitsschwerpunkten Internationale Soziale Arbeit, Gesundheit und Soziale Arbeit, Lebensalter und Soziale Arbeit.
Kontakt: homfeldt@uni-trier.de

LITERATUR

↗ FISCHER, GOTTFRIED / RIEDESSER, PETER (2009): Lehrbuch der Psychotraumatologie. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage. München

↗ HOMFELDT, HANS GÜNTHER / SCHMITT, CAROLINE (2012): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – transnationale Vernetzung als Potential. In: Gahleitner, Silke Birgitta / Homfeldt, Hans Günther (Hrsg.): Kinder und Jugendliche mit speziellem Versorgungsbedarf. Beispiele und Lösungswege für Kooperation der sozialen Dienste. Weinheim/München, S. 159–183

↗ HUMMITZSCH, THOMAS (2013): Deutschland: Mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In: Dossier Migration. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. Im Internet verfügbar unter: www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/169174/unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge (Zugriff: 28.12.2013)

↗ KELLER, CHRISTINE VON (2011): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. In: Jugendhilfe, Heft 1, S. 5–14

↗ PARUSEL, BERND (2009): Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland. Aufnahme, Rückkehr und Integration (Reihe: Working Paper, Band 26 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, BAMF). Nürnberg

↗ POTHMANN, JENS (2013): Flüchtlingshilfe und Kinderschutz – aktuelle Tendenzen bei den Inobhutnahmen. In: Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe (KomDat), Heft 3, S. 13–14

↗ SCHULZE, HEIDRUN / LOCH, ULRIKE / GAHLEITNER, SILKE BIRGITTA (Hrsg.; 2012): Soziale Arbeit mit traumatisierten Menschen – Plädoyer für eine psychosoziale Traumatologie. Baltmannsweiler

↗ STAUF, EVA (2011): Zwischen Subjektorientierung und Stereotypisierungen? Der sozialpädagogische Blick auf Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen. In: Sozial Extra, Heft 9/10, S. 27–30

↗ ZITO, DIMA (2010): Alleine konnte ich das nicht schaffen. Psychische Belastung und Therapie bei jungen Flüchtlingen. In: Dieckhoff, Petra (Hrsg.): Kinderflüchtlinge. Theoretische Grundlagen und berufliches Handeln. Wiesbaden, S. 113–123

»Deutschland muss seine Blockadehaltung aufgeben«

Die Zahl der weltweiten Flüchtlinge ist so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind derzeit mehr als 45 Millionen Menschen auf der Flucht. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) fordert, mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und die europäische »Abschottungspolitik« zu beenden.

DJI Impulse: **Frau Roth, Sie haben im Januar 2014 syrische Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und im Irak besucht. Wie leben die Menschen in den Flüchtlingscamps?**
Claudia Roth: Ich habe mehrere Flüchtlingslager, Camps und Gemeinden in den drei Ländern besucht, in denen ein Teil der über zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien leben, die den Grausamkeiten des Krieges wie des Assad-Regimes entkommen sind. Wir haben es in diesen Ländern und vor allem in Syrien selbst mit einer humanitären Katastrophe zu tun, die die internationale Gemeinschaft nicht gleichgültig lassen darf. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR arbeitet in allen Ländern auf Hochtouren, um möglichst viele Flüchtlinge zu registrieren und so eine koordinierte Hilfe organisieren zu können.

DJI Impulse: **Welche Probleme gibt es bei der Versorgung der Flüchtlinge?**
Roth: Zumindest in den vom UNHCR betreuten Einrichtungen ist die Versorgung mit Lebensmitteln, Zelten und erster Hilfe kein akutes Problem, sondern eher die Fragen nach gesundheitlicher Versorgung, Bildung und Zukunftsperspektiven der Flüchtlinge. Das Traurige im Leben der Flüchtlinge ist nicht nur, dass sie durch die Flucht und Vertreibung alles verloren haben, dass ihre Erziehung, ihre Bildung, ihre Qualifikationen, ihre Häuser und vieles andere durch die Flucht nichts mehr wert sind. Es ist vor allem die bedrückende Angst, wie es weitergeht, wie lange die Menschen diese Ungewissheit ertragen müssen, was mit den Kindern und Jugendlichen wird. Und wir reden hier von millionenfachen Schicksalen. Aufgrund der vielen Menschen, die zu ihnen kommen, steht die gesamte Infrastruktur der Nachbarländer Syriens vor dem Zusammenbruch. Diese Not droht nicht mehr kontrollierbare politische Krisen in diesen Ländern nach sich zu ziehen.

DJI Impulse: **Was könnten die westlichen Staaten oder die Vereinten Nationen politisch tun, um das Leid der Flüchtlinge zu lindern?**
Roth: Als wichtigstes: Sie sollten das Schicksal der Flüchtlinge des syrischen Bürgerkrieges nicht vergessen. Denn zum einen bedeutet es enormes Leid für die Menschen, die vor Gewalt und Not fliehen mussten, zum anderen bedeutet die enorme Fluchtbewegung in der Region aber inzwischen auch eine große Herausforderung für die humanitäre und politische Situation in den Aufnahmeländern wie dem Libanon, Irak oder eben auch Jordanien. Deswegen sollte die internationale Gemeinschaft diesen Ländern dringend nicht nur mit weiteren klassischen Hilfsmaßnahmen zur Seite stehen und die humanitäre Lage dort verbessern, sondern mit neuen Ansätzen von Entwicklungs- und Aufbaumaßnahmen aktiv werden, um die zusehends kollabierende Infrastruktur in diesen Ländern zu retten. Zum anderen müssen sich aber auch mehr Länder dazu bereit erklären, Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Es wird vor Ort durchaus mit großer Enttäuschung wahrgenommen, dass in Europa bislang nur Deutschland und Schweden syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen. Angesichts der Zahlen von über 2 Millionen syrischer Flüchtlinge in den Anrainerstaaten und 6,5 Millionen Binnenflüchtlingen ist die Aufnahme von 10.000 Syrerinnen und Syrern in Deutschland nur eine symbolische Geste. Ich bin fest davon überzeugt, dass ein Land wie Deutschland viel mehr Flüchtlinge aufnehmen kann. Diese Zahl sollte man in Relation setzen zu den über 1,3 Millionen syrischen Flüchtlingen im Libanon bei einer Gesamtbevölkerung von 4 Millionen Einwohnern. Nur so lässt sich die Dramatik der Lage in der Region und die Notwendigkeit einer größeren Aufnahmebereitschaft in Europa deutlich vor Augen führen.

DJI Impulse: **Sie haben die Haltung der meisten EU-Staaten beim Umgang mit Flüchtlingen vor einigen Jahren als »Wettlauf der Schäbigkeit« bezeichnet. Was meinten Sie damit?**
Roth: Es ist ein großes Versagen der europäischen Staaten, dass sie sich bis heute nicht auf eine gemeinsame Einwanderungspolitik, auf einheitliche Asylregeln und einheitlich hohe Standards zum Umgang mit Flüchtlingen einigen konnten. Und dass es in Europa noch nicht einmal die politische Einsicht gibt, dass die Flüchtlinge, die aus armen oder konfliktreichen Regionen Zuflucht in Europa suchen, für alle Staaten eine gemeinsame Verantwortung bedeuten und sie nicht nur das »Problem« Italiens, Maltas, Griechenlands oder Ungarns sind. Solange die Länder

»Das politische Versagen der europäischen Staaten hat einen Wettlauf um die unzumutbarsten Bedingungen für Flüchtlinge zur Folge. Und das ist grauenhaft.«

im Zentrum der EU sich ihrer Verantwortung und Verpflichtung verweigern, haben es die Länder mit EU-Außengrenzen leicht, das Fehlen von rechtsstaatlichen Standards im Umgang mit Flüchtlingen mit »Überlastung« zu rechtfertigen. Solange diese Länder mit dem Problem alleingelassen werden, werden sie weiter auf das Prinzip Abschreckung und Abschottung setzen. Dieses Politikversagen hat einen Wettlauf um die unzumutbarsten Bedingungen für Flüchtlinge zur Folge. Und das ist grauenhaft.

DJI Impulse: **Es wird immer wieder argumentiert, dass Deutschland ohnehin schon mehr Flüchtlingen und Asylsuchenden helfe als andere Staaten. Immerhin nahm die Bundesrepublik laut dem UNHCR-Jahresbericht 2012 nach Pakistan und Iran die drittmeisten Flüchtlinge weltweit auf und erkannte nach den USA die zweitmeisten Asylanträge an. Warum ist das trotzdem keine gute Bilanz?**
Roth: Pro Asyl hat ja bereits deutlich gemacht, dass diese Statistik durchaus irreführend ist. In absoluten Zahlen nimmt die Bundesrepublik zwar europaweit die meisten und weltweit die drittmeisten Flüchtlinge auf; jedoch ist es viel aussagekräftiger, wenn man sich anschaut, wie die Zahl der Asylbewerber im Verhältnis zur Bevölkerung aussieht. Und da ist die Bilanz von Deutschland nicht zufriedenstellend. Demnach kam das wirtschaftlich starke Deutschland 2012 nämlich auf weniger als einen Flüchtling pro 1.000 Einwohner. Deutschland belegte so gerade einmal Platz zehn unter allen EU-Ländern. Ganz vorne steht in diesem Ranking Malta mit fünf Asylbewerbern pro 1.000 Einwohner, gefolgt von Schweden, Luxemburg, der Schweiz, Belgien, Norwegen, Österreich, Zypern und Dänemark. Es gibt also keinen Grund, uns hier in Deutschland in Sachen Flucht und Asyl zurückzulehnen.

DJI Impulse: **Laut »Dublin II«-Abkommen der EU ist das jeweilige Einreiseland eines Flüchtlings für das Asylverfahren zuständig. Drittstaaten schicken Flüchtlinge deshalb oft in die Länder zurück, in denen sie zuerst eingereist sind. Wie könnte die EU eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf alle europäischen Staaten erreichen?**
Roth: Indem nicht die geografische Lage der Länder, sondern die gemeinsame Verantwortung aller maßgebend wird und indem beispielsweise Deutschland innerhalb der EU endlich seine Blockadehaltung für eine gemeinsame Lösung aufgibt. Es braucht eine Mischung aus freier Wahl der Flüchtlinge, wo sie leben möchten, und einem fairen Ausgleich zwischen den einzelnen EU-Staaten. Dabei müssen dann natürlich Kriterien wie die Einwohnerzahl, die Aufnahmekapazität und die Wirtschaftsstärke eines Landes eine Rolle spielen.

DJI Impulse: **Welche Mittel hätte die deutsche Bundesregierung noch, um gemeinsam mit anderen Staaten in der EU eine modernere Flüchtlingspolitik durchzusetzen?**
Roth: Sie könnte über den EU-Rat Druck machen, dass endlich legale Migrationsmöglichkeiten geschaffen werden, die auch für die irreguläre Migration durch Flucht und Vertreibung gelten. Außerdem müsste sie sich dafür einsetzen, dass die Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen ein Ende hat. Denn die Hinnahme des Massensterbens im Mittelmeer bedeutet nichts anderes als die Verletzung der Schutzpflicht und der humanitären Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft. Dieses Sterben muss beendet werden, genauso wie die Verweigerung des Rechtswegs und menschenwürdiger Standards für Flüchtlinge. Flüchtlingen muss in Europa ein Leben in Würde ermöglicht werden. ×

Interview: Benjamin Klaußner

ZUR PERSON

Claudia Roth ist seit Oktober 2013 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. In den Jahren 2001–2002 sowie von 2004–2013 war sie Vorsitzende der Partei »Bündnis 90/Die Grünen«. Die 1955 in Ulm geborene Politikerin arbeitete nach dem Abbruch ihres Studiums der Theaterwissenschaften in München als Dramaturgin in Dortmund, wo sie ein freies Theater mitbegründete. In den frühen 1980er-Jahren war sie Managerin der Rockband »Ton Steine Scherben«. Zu »Bündnis 90/Die Grünen« kam sie 1985 als Pressesprecherin der Bundestagsfraktion. Zwischen 1989 und 1998 war sie Abgeordnete im Europaparlament, von 1994–1998 Co-Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europaparlament. Claudia Roth ist seit 1998 (mit einer Unterbrechung von 2001–2002) Mitglied des Deutschen Bundestags.

Die Sprache ist der Schlüssel

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen in Deutschland laut Gesetz geeignet untergebracht werden. Den Bedürfnissen der jungen Menschen gerecht zu werden, schaffen aber nicht alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Das Beispiel der Spezialeinrichtung ALREJU in Brandenburg zeigt, welche Voraussetzungen für eine gute Aufnahme und Integration junger Flüchtlinge gegeben sein müssen.

Von Silke Bachert

Das Jugendamt ist laut § 42 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes dazu verpflichtet, unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen und gegebenenfalls nach SGB VIII geeignet unterzubringen. In häufiger betroffenen Regionen, wie beispielsweise Hessen und Bayern (durch die dortigen internationalen Flughäfen) oder Schleswig-Holstein als Transitland nach Skandinavien, lässt sich ein »geübterer Umgang« bei der Unterbringung feststellen. In durch die geografische Lage weniger frequentierten Gegenden, etwa in Sachsen-Anhalt oder im Saarland, werden die Kinder und Jugendlichen oft ohne spezielles Clearingverfahren in örtlichen Jugendhilfeeinrichtungen aufgenommen. Im Clearingverfahren stellen staatliche Stellen unter Federführung des Jugendamts zunächst fest, wie alt die Kinder und Jugendlichen sind, welchen Bildungsstand sie haben und ob sie gesund sind. Darüber hinaus wird geklärt, ob ein Asylantrag gestellt werden soll (zum Beispiel aus humanitären Gründen) und ob die jungen Menschen Familienangehörige in Deutschland oder einem anderen Staat haben, die sich eventuell um sie kümmern könnten. Auswahlkriterium für eine Aufnahme ohne Clearingverfahren sind freie Plätze und die Bereitschaft einer Einrichtung, die jungen Menschen aufzunehmen. Im folgenden Artikel soll an zwei exemplarischen Beispielen aufgezeigt werden, ob die Bedingungen in den Einrichtungen der Jugendhilfe bedürfnisgerecht sind (oder nur das Mindestmaß der gesetzlichen Vorgaben umgesetzt wird) und welche Probleme und Gefahren bei der Aufnahme junger Menschen auftreten können.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden häufig in nicht spezifizierte Wohngruppen aufgenommen, in denen nur Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund leben. Dieser Schritt wird häufig damit begründet, dass dadurch die Integration für die jungen Menschen leichter sei. Allerdings führt eine Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen in regionalen, stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen immer wieder zu Irritationen bei allen Beteiligten, da sich auch die dort untergebrachten einheimischen Kinder und Jugendlichen in besonderen Lebens- und Problemlagen befinden, was zu Spannungsfeldern führt. In fast allen Einrichtungen sind heute Einzel- und Zweibettzimmer Standard. Eine gemeinsame Unterbringung in Zweibettzimmern kann sich bei traumatisierten Jugendlichen positiv auswirken.

> Eine gemeinsame Unterbringung in Zweibettzimmern kann sich bei traumatisierten Jugendlichen positiv auswirken.

Schwierigkeiten ergeben sich häufig durch kulturelle oder religiöse Unterschiede: Ein Großteil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland sind Muslimas und Muslime, was nicht nur beim Angebot, sondern auch bei der Aufbewahrung und Zubereitung von Speisen berücksichtigt werden muss. Eine große Schwierigkeit stellt bei jungen Flüchtlingen die Sprachbarriere dar. Viele von ihnen sprechen nur ihre Herkunftssprache oder ihren Herkunftsdialekt. Lassen sich keine Dolmetscher vor Ort finden, müssen die Betreuenden kreative Wege der Verständigung finden, beispielsweise durch Bildkärtchen.

Beispiel Elisabethheim in Havetoft: Mitarbeiter sprechen Persisch

Ein weiteres Problem stellt die Schulpflicht dar: Dafür müssen Schulen vorhanden sein, die Schülerinnen und Schüler mit mangelhaften oder fehlenden Sprachkenntnissen unterrichten können. Regionen mit einer größeren Anzahl von Inobhutnahmen sind aus diesem Grund zu spezielleren Unterbringungsformen übergegangen, die stärker auf die besonderen Bedürfnisse unbegleiteter Flüchtlinge eingehen können. Im nördlichen Schleswig-Holstein werden sie zum Beispiel seit einigen Jahren im Elisabethheim in Havetoft aufgenommen. Um eine bedarfsgerechte Unterbringung und Betreuung zu gewährleisten, wurde im Jahr 2010 dort die Schutzstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unter Leitung einer besonders geeigneten Mitarbeiterin gestellt: Sie arbeitete nach ihrem Abschluss für Interkulturelle Studien in London mehrere Jahre in Afghanistan und spricht deshalb persisch, die Muttersprache der Mehrheit der dort untergebrachten Jugendlichen.

In Havetoft leben bis zu zehn Jugendliche unter 18 Jahren auf verschiedenen Etagen in Wohngruppen. Dadurch wird eine räumliche Trennung zwischen dem Ankunftsbereich (Clearingbereich) und dem der Jugendhilfe ermöglicht. Die jungen Flüchtlinge können somit nach ihrer Ankunft zunächst ihre Situation reflektieren und zur Ruhe kommen. Der Schlüssel zu gelingender Integration ist auch hier die Sprachkompetenz. Erste Unterweisungen in deutscher Sprache finden bereits in der Einrichtung statt. Wenn Jugendliche dann ihren Willen zum Bleiben bekunden, erfolgt umgehend die Anmeldung zu Sprachkursen und zum Schulbesuch. Als schwierig erweist sich die zahlenmäßige Dominanz einzelner Nationalitäten, was das Einleben Angehöriger anderer Nationen erschwert. Trotzdem

wird versucht, Verbindendes zu schaffen und ein Gruppengefühl durch gemeinsames Erleben zu vermitteln – etwa durch das Feiern eines großen gemeinsamen Festes am Ende des Fastenmonats Ramadan (Bachert 2010).

Spezialeinrichtung ALREJU: Jugendhilfe, Schulen und Vereine arbeiten eng zusammen

Ein gelungenes Beispiel der bedarfsgerechten Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen stellt die Spezialeinrichtung ALREJU (»Allein reisende Jugendliche«) am Stadtrand von Fürstenwalde im Land Brandenburg dar. Sie wurde im Jahr 1993 als Modellprojekt unter Trägerschaft des Diakonischen Werks gegründet. Dort werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unabhängig von ihrer Nationalität, Kultur oder Religion betreut. Die Einrichtung verfügt über 63 Plätze in acht Wohngruppen, betreutes Jugendwohnen für junge Volljährige und eine Clearingwohnung. In jeder Wohnung stehen zwei bis drei Zimmer, ein Bad, ein WC und eine Küche zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung. Pro Etage befinden sich zwei Wohnungen mit einem Gemeinschaftsraum.

Die Lebensbedingungen im ALREJU haben sich im Laufe der Jahre stetig verbessert: Es gibt Sport- Schulungs- und Begegnungsräume, ein großes Außengelände mit einem Bolzplatz, einem Riesenschach, Tischtennisplatten sowie einem Volleyballfeld (Killisch 2010b). Seit 1993 wurden im ALREJU circa 1.500 Kinder und Jugendliche aus 64 Nationen betreut.

Nach ihrer Ankunft durchlaufen die jungen Menschen zunächst eine Clearingphase. Die Clearingstelle unterbreitet ihnen umgehend Bildungsangebote zur Vermittlung der deutschen Sprache, die reguläre Einschulung ist gegen Ende der Clearingphase vorgesehen. Die Betreuerinnen und Betreuer sprechen die Muttersprache der Neuankömmlinge (zum Beispiel Persisch oder Vietnamesisch) und können ihnen die deutsche Kultur dadurch besonders unkompliziert näher bringen. Gleichzeitig vermitteln sie den Jugendlichen lebenspraktische Kenntnisse wie Einkaufen, Kochen, den Gebrauch von Reinigungsmitteln und -geräten, Hygienestandards und Wäschepflege. Nach der Clearingphase bleiben diejenigen Flüchtlinge, die eine vollstationäre Heimunterbringung als (eine) Maßnahme der Jugendhilfe in Anspruch nehmen, auf bereits vertrautem Terrain: Sie müssen zwar in ein anderes Gebäude umziehen, bleiben aber auf dem ihnen bekannten Gelände.

Die jungen Menschen werden je nach persönlichem Wunsch, Kapazität der Gruppen, Geschlecht, Alter, Nationalität, Religion und Sprache einer Wohngruppe zugeordnet. Dabei wird versucht, kulturellen und religiösen Bedürfnissen durch gemeinsame Unterbringung gerecht zu werden. In allen Wohngruppen leben junge Menschen verschiedener Nationalitäten, die ähnlich wie in einer Familie von möglichst einer Pädagogin und einem Pädagogen betreut werden. Dadurch ergibt sich früh eine Kontinuität in der Begleitung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Die Betreuung erfolgt unter Beachtung der jeweiligen Religion, kulturellen Herkunft und Tradition – zum Beispiel in Bezug auf religiöse Speise- und Gebetsvorschriften, aber auch dadurch, dass etwa Musik und Tänze der Herkunftsländer gepflegt werden. Schwerpunkte bilden die Persönlichkeitsbildung, die Stärkung der Sozial- und Sprachkompetenz und die Verselbstständigung der Jugendlichen (Killisch 2010a). Große Bedeutung wird der schulischen Bildung als wirkungsvollem Integrationsinstrument zugemessen. Die Jugendlichen besuchen eine Schule in Finsterwalde, wo sie entsprechend ihres Leistungsniveaus in drei Lerngruppen unterrichtet werden, bevor sie die entsprechende Regelklasse besuchen. Bis zum Alter von zwölf Jahren werden die Kinder in der zuständigen Grundschule eingeschult.

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt die Freizeitgestaltung, um die Isolation der Kinder und Jugendlichen zu minimieren. Dabei werden sowohl verschiedene Angebote in der Einrichtung als auch Aktivitäten in örtlichen Vereinen zur Verfügung gestellt. Durch die Bündelung von Angeboten wie Clearing, Wohngruppe und betreutem Wohnen sowie der ausgebauten Vernetzung mit regionalen Partnern wie Ämtern, Behörden, Sprachmittlern, Ärzten und Therapeuten, Vereinen und Bildungsträgern ist es in Finsterwalde gelungen, ein bedürfnisorientiertes Konzept zu schaffen. Sicher gibt es auch Schwierigkeiten, wie zum Beispiel die räumliche Nähe bei der Unterbringung Angehöriger unterschiedlicher, sich manchmal feindlich gegenüberstehender Religionen oder Volksgruppen oder das Fehlen geeigneter Anschlusskonzepte. Dennoch verfolgt ALREJU einen gelungenen Ansatz, der beispielgebend für andere Bundesländer sein könnte. ×

DIE AUTORIN

Silke Bachert ist Sozialpädagogin im Sozialpsychiatrischen Dienst des Kreises Schleswig-Flensburg. Zuvor war sie mehrere Jahre in der vollstationären Jugendhilfe tätig und hat mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen gearbeitet und ihre Bachelor-Thesis zu diesem Thema geschrieben.
Kontakt: sbachert@online.de

LITERATUR

↗ KILLISCH, MATHILDE (2010a): Konzeption zur Einrichtung und Betreibung einer Clearingstelle für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge. Fürstenwalde
↗ KILLISCH, MATHILDE (2010b): Konzeption Jugendprojekt ALREJU. Stationäre Unterbringung für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge. Fürstenwalde
↗ BACHERT, SILKE (2010): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder-und Jugendhilfe. Bachelor-Thesis. Kiel

Die abgeschottete Einwanderungsgesellschaft

Residenzpflicht, Arbeitsverbot, Aufnahmelager: Junge Flüchtlinge und ihre Familien haben es schwer in Deutschland. Norbert Struck vom Paritätischen Wohlfahrtsverband plädiert dafür, die Menschenrechte der Flüchtlinge anzuerkennen und eine kinder- und familienfreundlichere Umwelt zu schaffen.

Von Norbert Struck

Wenn von Flüchtlingen die Rede ist, dann sind darunter auch immer viele Kinder, die auf der Flucht sind. Nach Schätzungen des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) sind die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit minderjährig. Das sind über 20 Millionen junge Menschen. Meist flüchten sie mit ihren Eltern oder Familienangehörigen; manchmal werden sie aber auch während der Flucht getrennt und werden so zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Von all diesen Flüchtlingen bekommt Europa nur einen verschwindend geringen Bruchteil zu sehen – die allermeisten müssen ihr Überleben unter schwierigsten Umständen in Nachbarländern bewältigen, wie es aktuell am Beispiel Syrien zu beobachten ist. Viele sterben auf der Flucht.

Die Forderung, Migration zuzulassen, kommt aus verschiedenen politischen Lagern

Auf dem FICE-Weltkongress der »Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen« im Oktober 2013 in Bern berichtete in der Eröffnungsveranstaltung ein junger Syrer, der in der Schweiz arbeitet, in einem ebenso beeindruckenden wie bedrückenden Vortrag über die Situation von Kindern in dem seit 2011 vom Bürgerkrieg zerrissenen Syrien. Er zeigte Bilder völlig zerstörter Wohnhäuser und erinnerte daran, wie viele Kinder zuvor allein in einem solchen Wohnkomplex gelebt hatten. Er zeigte Bilder von Kindern auf der Flucht, Bilder von Kindersoldaten, von Männern, die »zärtlich« ihre Kinder an ihre Waffen heranführen, und schließlich einen enthaupteten Mann, um den herum etwa 30 Kinder saßen, die seiner öffentlichen Enthauptung zugesehen hatten. Das ist nur eine Facette furchtbarer Erfahrungen, die Flüchtlingskinder mit nach Deutschland bringen, wenn sie es überhaupt bis hierher schaffen. Sie und ihre Angehörigen treffen in Deutschland auf ein Regime des Aufenthalts- und Asylrechts, das von einer Haltung bestimmt wird, die nicht durch »Willkommensstrukturen« geprägt ist.

Deutschland und Europa versuchen, sich massiv gegen Flüchtlinge abzuschotten. Dabei gibt es durchaus Stimmen – aus politisch unterschiedlichen Richtungen –, die fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, nach den Geld- und Warenströmen auch die Migration von Reglementierungen zu befreien. Derart argumentierte beispielsweise die Kulturanthropologin Sabine Hess in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung unter der Über-

schrift »Wir verschwenden unser Potenzial« (SZ, 18.10.2013, S. 12). Aber noch sind wir davon weit entfernt.

Stattdessen baut sich das europäische und deutsche »Abschreckungsrecht« gegenüber Flüchtlingen übermächtig vor den Menschenrechten von Erwachsenen und Kindern auf: Residenzpflicht, Gutscheine und unbrauchbare Sachleistungen, verfassungswidrig niedrige Geldleistungen, Dublin-Abkommen, Flughafenverfahren, Arbeitsverbote und Kriminalisierung sind die Stichworte, mit denen die Pfeiler dieser Abwehr umrissen werden können.

In § 47 Abs. 2 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) steht: »Sind Eltern eines minderjährigen ledigen Kindes verpflichtet, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, so kann auch das Kind in der Aufnahmeeinrichtung wohnen, auch wenn es keinen Asylantrag gestellt hat.« Was es aber konkret heißt, in einer derartigen Aufnahmeeinrichtung wohnen zu »können«, wird auf der Homepage des Bayerischen Flüchtlingsrates beschrieben: »118 Flüchtlingslager – Bayern hat damit das rigideste und am weitesten ausgebaute Lagersystem aller Bundesländer. 7.636 Menschen leben jahrelang in Mehrbettzimmern in alten Gasthöfen, ausgedienten Kasernen und verrotteten Containerunterkünften. 40 bis 80 Personen benutzen in einer Zwangs-WG gemeinsam Gemeinschaftsküchen, -toiletten und -bäder, da kann der Gang zur Morgentoilette lange Wartezeiten mit sich bringen« (www.fluechtlingsrat-bayern.de/fluechtlingslager-abschaffen.html).

Nach Angaben von »Pro Asyl« leben circa 40.000 Menschen in den Aufnahmelagern. Genaue Angaben zur Zahl der Minderjährigen in diesen Lagern sind nur schwer zu ermitteln, aber man wird nicht ganz falsch liegen, wenn man auch hier von der Hälfte der Flüchtlinge ausgeht: Das wären dann circa 20.000 Minderjährige.

Die Aufnahmelager stellen eine Gefahr für Flüchtlingskinder dar

Bei 1.254 der insgesamt 40.227 Inobhutnahmen, die in Deutschland im Jahr 2012 erfolgten, wurde als Grund »Wohnungsprobleme« angegeben. Knapp vier Mal pro Tag muss also in Deutschland ein Jugendamt eingreifen, weil die Wohnverhältnisse eine Gefahr für das Wohl eines Kindes oder Jugendlichen darstellen. Natürlich soll dies kein Plädoyer für flächendeckend vorgenommene Trennungen der Kinder von ihren Eltern sein. Jedoch ist es eine dezidierte Aufforderung, dass die Jugendämter die kindeswohlgefährdenden Lebensumstände in den Aufnahmeeinrichtungen in den Blick nehmen und intensiv nach Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung suchen. Sie sollten ihren Einmischungsauftrag nach § 1 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII wahrnehmen und dafür sorgen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu schaffen und junge Menschen für ihr Wohl vor Gefahren zu schützen. Die UN-Kinderrechtskonvention und das SGB VIII geben hierzu nicht nur die Möglichkeit, sondern sie verpflichten zum Handeln.

Aber mit den Belastungen, die Familien durch die Restriktionen des Aufenthalts- und Asylrechts erfahren, und den oft katastrophalen Lebensverhältnissen in den Unterkünften sind erst zwei gravierende und grundlegende Belastungs- und Gefährdungstatbestände für Flüchtlingskinder in Deutschland beschrieben. Darüber hinaus gibt es weitere, weniger auf den ersten Blick erkennbare Belastungen, die auch dann noch relevant sind, wenn die Familie der Aufnahmeeinrichtung »entkommen« ist.

Kinder lernen sehr viel schneller als Erwachsene. Das gilt sowohl für den Spracherwerb als auch für die allgemeine Orientierung in der neuen Umwelt. Viele Kinder und Jugendliche in Flüchtlingsfamilien werden daher zu unersetzlichen Übersetzerinnen und Übersetzern von Sprache und Kultur für ihre Eltern. Das fordert nicht nur viel Zeit, sondern auch die permanente Konfrontation mit allen Problemen, denen ihre Eltern ausgesetzt sind. In mancher Hinsicht werden die Generationenrollen so umgekehrt.

Die Kinder- und Jugendhilfe kennt nur eine strukturelle Gefährdungssituation, für die sie Leistungsangebote bereithält und für die klare Rechtsansprüche eingeräumt werden: Situationen von Trennung und Scheidung (§§ 17f. SGB VIII). Wenn derzeit Forderungen erhoben werden, »präventive« Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu stärken, wäre es vorstellbar, ähnliche Rechtsansprüche auch in anderen strukturellen Gefährdungssituationen einzuräumen: zum Beispiel für Kinder psychisch kranker Eltern, für Kinder, die Situationen häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, und für Kinder, die sexuelle Gewalt erfahren haben. Eine vergleichbare strukturelle Gefährdungssituation liegt auch bei Kindern und Jugendlichen vor, die in den oben beschriebenen Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge untergebracht sind. Auch ihre Rechte auf Hilfe und Unterstützung bei der Änderung ihrer Lebenssituation und der Bewältigung ihrer Erfahrungen könnten zu einem eindeutigen individuellen Rechtsanspruch verdichtet werden.

In Anbetracht dieser Ausgangslage plädiere ich dafür, den nächsten Kinder- und Jugendbericht unter das Thema »Kinder, Jugendliche und Familien in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland« zu stellen. Das hätte zum einen den Vorteil, dass das Thema Einwanderungsgesellschaft offiziell zur Kenntnis genommen würde; zum anderen wäre das Thema nicht auf Migrantinnen und Migranten eingeengt, sondern nähme auch die aufnehmende Gesellschaft mit ihren Voraussetzungen und Strategien der Auseinandersetzung in den Blick. Insgesamt ist es wünschenswert, dass das Thema Flüchtlingskinder in Deutschland endlich einen höheren Stellenwert erhält. ×

DER AUTOR

Norbert Struck ist Diplom-Pädagoge und seit 1990 beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in Berlin als Jugendhilfereferent tätig. Seine Expertise bringt er sowohl in die Mitgliederversammlung als auch in das Kuratorium des Deutschen Jugendinstituts ein.
Kontakt: jugendhilfe@paritaet.org

Begleitete Flüchtlingskinder in Deutschland: Einblicke in den Forschungsstand

Die Datenlage zur Lebenssituation von Flüchtlingskindern in Deutschland ist unbefriedigend. Forschungsbedarf besteht vor allem bei den Themen materielle und gesundheitliche Versorgung, frühe Betreuung und (Aus-)Bildung sowie Freizeit – mit dem Ziel, die Unterstützung von jungen Flüchtlingen passgenauer zu gestalten.

Von Susanne Johansson

Mit dem Begriff »begleitete Flüchtlingskinder« werden im Folgenden Kinder und Jugendliche bezeichnet, die mit mindestens einem Elternteil oder einem volljährigen Geschwisterkind, dem die Vormundschaft übertragen wurde (Angenendt 2000), eingereist sind und in Deutschland leben. In einem weiteren Sinne werden darin auch Kinder von Flüchtlingen eingeschlossen, die in Deutschland geboren wurden. Der Oberbegriff »Flüchtlinge« umfasst in einem weiten – nicht (zuwanderungs-)rechtlichen – Sinne Menschen auf der Flucht beziehungsweise Menschen mit einem Fluchthintergrund. Eingeschlossen sind sowohl Flüchtlinge mit gesichertem als auch mit prekärem Aufenthaltsstatus sowie illegalisierte Menschen.

Statistische Daten zu Flüchtlingen sind häufig wenig aussagekräftig: Die Angaben zur Aufenthaltsdauer, zur materiellen und medizinischen Versorgung, zur Unterbringung, Bildung, Betreuung und Erziehung, zur schulischen Laufbahn und zu den Übergängen in Ausbildung oder Arbeit von begleiteten Flüchtlingskindern sind häufig unvollständig – oder es liegen überhaupt keine Daten vor. Darüber hinaus können die Daten oft nicht aufeinander bezogen werden, da Flüchtlinge in den Statistiken nicht gesondert ausgewiesen werden.

Der Lagebericht der »Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration« enthält zwar umfangreiche Informationen zu rechtlichen Entwicklungen und dem Handlungsbedarf etwa in Bezug auf Asylsuchende, Flüchtlinge und Menschen ohne legalen Aufenthalt (2013), und die Haushaltsbefragung des Statistischen Bundesamts, der Mikrozensus, führt seit 2005 die Kategorie »mit und ohne Migrationshintergrund«, die die vorherige Unterscheidung von Deutschen und »Ausländern« ablöste (ebd. 2012). Flüchtlinge werden jedoch – ebenso wie in den einschlägigen (Lage-)Berichten der Migrations- und Sozialberichterstattung – statistisch nicht gesondert ausgewiesen. Auch die jährliche Teilerhebung zum Arbeitsfeld »Hilfen zur Erziehung« im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik), berücksichtigt die Kategorie »Migrationshintergrund«. Die dazu in einem »Monitor Hilfen zur Erziehung« veröffentlichten Ergebnisse der KJH-Statistik zeigen mit Blick auf die ausländische Herkunft der Eltern beziehungsweise eines Elternteils, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu ihrem Anteil in der Bevölkerung in den Hilfen zur Erziehung leicht überproportional vertreten sind (Fendrich/Pothmann/Tabel 2012). Sie differenzieren jedoch nicht nach dem Grund der Migration.

Es gibt kaum detaillierte Daten zu Flüchtlingskindern

In anderen Statistiken, die sich spezifisch auf Flüchtlinge beziehen, fehlt in einigen Bereichen eine differenzierte Aufschlüsselung nach Alter, Geschlecht, dem Aufenthaltsstatus (zum Beispiel »anerkannt/geduldet«) oder der familiären Situation (zum Beispiel »unbegleitet/begleitet«). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verfügt durch die Asylerstanträge

über Angaben zu Alter und Geschlecht der Flüchtlinge sowie über Entscheidungen zu Familienasyl und Familienflüchtlingsschutz (BAMF 2013a; 2013b). Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Zahlen zu Empfängerinnen und Empfängern von Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und der Art ihrer Unterbringung, die auch altersspezifisch aufgeschlüsselt sind (Statistisches Bundesamt 2013a). Durch die Fokussierung der Statistiken auf Asylbewerberinnen und -bewerber beziehungsweise auf Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG werden jedoch nicht alle Gruppen von Flüchtlingen erfasst (zum Beispiel anerkannte Flüchtlinge). Einige Angaben beruhen nur auf Schätzungen. Gründe dafür sind uneinheitliche oder bruchstückhafte Zählungen oder Schwierigkeiten beim Zugang zu Flüchtlingen, zum Beispiel zu illegalisierten Flüchtlingskindern (Pfingsten-Widmer 2007; Alt 1999).

Auch die Fachliteratur enthält nur unzureichende Informationen zu den Lebensverhältnissen von jungen Flüchtlingen. In übergreifenden Studien zu Lebenslagen von Kindern und Familien sowie in Untersuchungen zu Kindern mit Migrationshintergrund fehlen häufig Erkenntnisse zu Flüchtlingskindern, oder sie werden in Exkursen beziehungsweise Sonderkapiteln diskutiert. Ein Grund dafür sind auch hier fehlende oder mangelnde statistische Daten oder kleine statistische Fallzahlen (Otremba 2013).

Bei den Untersuchungen mit einem expliziten Fokus auf Flüchtlingskinder dominieren die (menschen-)rechtlichen Analysen (zum Beispiel Cremer 2010; Heinhold 2010; Hillemann 2011; Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge 2013). Ein Großteil der Studien und Darstellungen legt den Schwerpunkt auf die Themen »psychische Belastungen, Trauma und Traumabewältigung« (unter anderem Wirtgen/Iskenius/Eisenberg 2010; Möller 2009).

Fachpublikationen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen haben in den letzten Jahren einen Zuwachs erfahren – was auch daran liegt, dass sich die Datenlage im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik deutlich verbessert hat (Pothmann 2011). Sie zielen allerdings neben einer Darstellung rechtlicher Rahmenbedingungen häufig auf Spezifika und Standards sozialer Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sowie auf institutionelles Handeln ab (unter anderem Dieckhoff 2010; Urbach 2008; Stauf 2012; Separated Children in Europe/Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge 2012). Umfangreichere sozialwissenschaftliche Studien zu Lebenslagen, zum Aufwachsen sowie zu Entwicklungsverläufen, die darüber hinaus die Wahrnehmung der betroffenen Kinder und Jugendlichen einbeziehen, stehen weiterhin aus. Dies gilt insbesondere für die heterogene Gruppe begleiteter Flüchtlingskinder (Ausnahmen bilden Balluseck 2003 und Lennertz 2011). In der Regel werden nur einzelne Aspekte oder Einzelschicksale thematisiert, während ein Gesamtüberblick oder systematische Untersuchungen fehlen.

Nach Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR waren Ende 2012 weltweit 45,8 Millionen Menschen auf der Flucht. 46 Prozent aller Flüchtlinge waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Flüchtlingskinder und -frauen leben zumeist als Binnenflüchtlinge in Flüchtlingslagern im Herkunfts- oder einem Nachbarland in ihrem Heimatkontinent. 80 Prozent aller Flüchtlinge weltweit leben in sogenannten Entwicklungsländern: Das Land mit der höchsten Aufnahme von Flüchtlingen im Jahr 2012 war Pakistan (UNHCR 2013b). Insgesamt erreichen nur wenige der weltweit Flüchtenden (West-)Europa oder Nordamerika.

Die Gründe für eine Flucht sind vielfältig und komplex

Die Fluchtgründe (»Push- und Pull-Faktoren«) sind in den meisten Fällen äußerst komplex: (Teil-)Familien fliehen, um das Überleben der Familie beziehungsweise der Kinder zu sichern, sie fliehen vor Naturkatastrophen oder um der politischen Verfolgung der Eltern oder eines Elternteils zu entgehen. Sie fliehen vor kriegerischen Konflikten und/oder drohender Sippenhaft, um medizinische Behandlung zu ermöglichen und/oder (Aus-)Bildung zu erhalten, wenn dies in der Heimat nicht gewährleistet werden kann – wie etwa zur Zeit des Taliban-Regimes für Mädchen und junge Frauen in Afghanistan. Kinder und Jugendliche fliehen oder migrieren allein, wenn die lokalen Ressourcen nur für die Flucht eines »ausgewählten« (zumeist männlichen) Familienmitglieds reichen, wenn die Familie zerbrochen ist oder Eltern(-teile) so-

DIE STATISTIKEN ERFASSEN NICHT ALLE GRUPPEN VON FLÜCHTLINGEN.

wie andere zentrale Bezugspersonen im (Bürger-) Kriegsgeschehen oder auf der Flucht ums Leben gekommen sind (Adam 2003; UNHCR 2013a).

Zu den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in typologisierten Herkunftsländern gibt es Grobkategorisierungen wie zum Beispiel »Länder mit (Bürger-) Krieg«, »Länder mit politischer, ethnischer, rassistischer und/oder religiöser Verfolgung« oder »Länder ohne Krieg und Verfolgung, die von einem politischen Umbruch und einschneidenden ökonomischen Bedingungen betroffen sind«. Zudem existieren Kurzdarstellungen zu spezifischen Fluchtgründen von Kindern und Jugendlichen beziehungsweise kindheits- und jugendphasenbezogenen Gründen (etwa Kriegsdienst/Zwangsrekrutierung, drohende Sippenhaft, drohende Genitalverstümmelung, sexueller Missbrauch oder Zwangsprostitution von Minderjährigen, mangelnde kindgerechte Versorgung, drohende Zwangsverheiratung, Kinder- und Zwangsarbeit/Sklaverei; Jockenhövel-Schiecke 1992; Jordan 2000; Peter 2003; Brüggemeier 2011). Es fehlt allerdings an aktuellen Untersuchungen und geschlechterspezifischen Differenzierungen sowie an genaueren, länderbezogenen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zu Lebenslagen und Fluchtgründen von Kindern und Jugendlichen. Diese könnten auch der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland wichtige Aufschlüsse geben und zum Beispiel für Behandlungskonzepte genutzt werden (Möller 2009). Die Psychologin Birgit Möller weist darauf hin, dass auch eine Kenntnis von Gesundheits- und Krankheitskonzeptionen des Herkunftslandes von großer Bedeutung für Behandlungen im Aufnahmeland sein können.

Deutschsprachige Ausnahmen, die allerdings zum Teil nicht mehr ganz aktuell sind, bilden zum Beispiel Untersuchungen zu den psychologischen Folgen ethnischer Verfolgung und kriegsähnlicher Zustände auf Kinder in Kurdistan (Kizilhan 2000), zu Auswirkungen der Pinochet-Diktatur auf Kinder in Chile (Bräutigam 2000), zu bosnischen Flüchtlingskindern (Lennartz 2011), zur Lebenssituation syrischer Flüchtlingskinder im jordanischen und libanesischen Exil (UNHCR 2013a) oder zu Flüchtlingen unterschiedlicher ausgewählter Herkunftsländer (Büttner 2004).

Auf der Flucht, die häufig durch organisierte »Schlepperbanden« und Menschenhändlerinnen und -händler gestaltet wird (Rieger 2010), sind Kinder und Jugendliche ebenso wie Frauen besonders durch gewalttätige und sexuelle Übergriffe gefährdet – oder sie erleben Drohungen zum Teil intensiver als Erwachsene (Dalen/Hamm 2003; Möller 2009).

Momentan befinden sich besonders viele Flüchtlingskinder im Asylverfahren

Kinder und Jugendliche, die in Deutschland ankommen, reisen zumeist im Familienverband beziehungsweise mit einem Elternteil ein. Nur ein verhältnismäßig geringer Anteil der in Deutschland ankommenden Kinder und Jugendlichen ist alleinreisend. Wenn Flüchtlingskinder mit Eltern(-teilen) eingereist sind und Asyl beantragen, wird im Rahmen des Asylverfahrens geprüft, ob die Voraussetzungen für Familienasyl (bei einer Anerkennung eines Elternteils als Asylberechtigte oder Asylberechtigter nach Art. 16a GG), für Familienflüchtlingsschutz (gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG) oder für subsidiären Schutz gegeben sind.

Die Politikwissenschaftlerin Antonia Scholz gibt an, dass sich momentan besonders viele begleitete Flüchtlingskinder in Asylverfahren befinden: Im Jahr 2012 waren es etwa 22.300 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und damit 64 Prozent mehr als im Vorjahr (Scholz 2013). Hauptherkunftsländer dieser Eltern und ihrer Kinder sind zum einen die Krisenregionen Irak und Afghanistan sowie Syrien, zum anderen – hier handelt es sich um die Gruppe der Roma – Serbien, Mazedonien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina (ebd.). Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde im Jahr 2013 bis September in 138 Fällen Familienasyl und in 2.370 Fällen Familienflüchtlingsschutz gewährt (BAMF 2013b). Das sind insgesamt 4,5 Prozent aller positiven und in Bezug auf Familien ausgewiesenen Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge in diesem Zeitraum.

Chancen auf ein längerfristiges Bleiberecht außerhalb des Asylverfahrens oder nach Beendigung des Asylverfahrens bieten Resettlement-Programme oder Bleiberechtsregelungen (Resettlement ist eine dauerhafte Neuansiedlung von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Drittstaat außerhalb von Asylregelungen). Seit Juli 2011 existiert die Möglichkeit einer »Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden« nach § 25a AufenthG. Derzeit dürften aufgrund begrenzter Resettlement-Aufnahmeplätze und der mit spezifischen Aufenthaltsgewährungen verbundenen Voraussetzungen jedoch nur kleinere Gruppen von Flüchtlingen von diesen Regelungen profitieren (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2013). Von der Innenministerkonferenz (IMK) wurde Ende 2011 die Einrichtung eines deutschen Resettlement-Programms beschlossen, in dessen Rahmen in den nächsten drei Jahren jährlich 300 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufgenommen werden können (ebd.). Nach Schätzungen des Bundesfachverbands »Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge« leben derzeit etwa 100.000 asylsuchende, anerkannte oder geduldete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland. Zwischen 8.000 und 9.000 dieser Kinder und Jugendlichen sind unbegleitet (2013).

Nur wenig systematische Studien zur Lebenssituation von Kindern in Flüchtlingsunterkünften

Die meisten Informationen zu Unterbringung und Wohnverhältnissen liegen in Bezug auf Kinder mit ihren asylsuchenden Familien zu Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften vor (zum Beispiel die aktuelle Synopse von Möller 2013). Auswertungen des Statistischen Bundesamts zeigen, dass zum 31.12.2010 insgesamt 3.553 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in einer Aufnahmeeinrichtung lebten (hiervon mit 2.287 Kindern die größte Gruppe zwischen 0 und 11 Jahren), 9.372 in Gemeinschaftsunterkünften und 13.670 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre dezentral in Wohnungen (Statistisches Bundesamt 2013a). Systematische, bundeslandübergreifende und die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen einbeziehende aktuelle Untersuchungen in Bezug auf die Lebensbedingungen von Kindern in Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften sowie zu ihrer Aufenthaltsdauer fehlen weitgehend. Aus vorliegenden Studien, Dokumentationen, Statistiken und Gesprächen mit Expertinnen und Experten gehen die ungünstigen Bedingungen – besonders für Familien und Kinder – jedoch hinlänglich hervor (unter anderem Butterwegge 2010; Kothen 2010; Täubig 2009; Boos-Nünning 2000). Gemeinschaftsunterkünfte befinden sich häufig in einem schlechten baulichen Zustand (zum Teil bewohnen die Flüchtlinge auch Baracken oder Container), sie liegen dezentral, haben äußerst beengte Räumlichkeiten und verfügen über Gemeinschaftstoiletten und -duschen auf dem Gang. Zu dieser »Lageratmosphäre« gehören auch mangelnde Spiel- und Rückzugsmöglichkeiten sowie das Zusammenleben alleinreisender Männer und Frauen mit Familien auf engstem Raum.

GEMEINSCHAFTS-UNTERKÜNFTE SIND HÄUFIG BAUFÄLLIG, ABGELEGEN UND ZU KLEIN.

Praktikerinnen und Praktiker bemängeln in Bezug auf die Situation von Kleinst- und Krabbelkindern vor allem den schlechten baulichen Zustand und die häufig ungenügenden hygienischen Verhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften. Sie können zu Krankheitsanfälligkeit und frühen chronischen Krankheiten bei Kindern führen. Beengte Räumlichkeiten bedingen in zahlreichen Fällen, dass Minderjährige nicht kind- und jugendgerechte Situationen miterleben, beispielsweise Auseinandersetzungen, gewalttätige Übergriffe in der Familie oder das Intimleben von Eltern oder alleinreisenden Elternteilen).

Das Gleiche gilt für die Situation auf den Gängen und in den Unterkünften ins-

gesamt, in denen aufgrund der häufigen sozialen Probleme wie Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit, Marginalisierung und Segregation oder unsichere Lebens- und Aufenthaltsperspektiven häufig alkoholisierte und gewalttätige Auseinandersetzungen sowie sexuelle Übergriffe stattfinden. Kinder und Jugendliche können davor schlecht geschützt und abgeschirmt werden. Teilweise haben Kinder Angst, sich nachts in der Gemeinschaftsunterkunft zu bewegen (Kothen 2010). Lärm und Ruhestörungen sowie Polizeirazzien und Abschiebungen verhindern in vielen Fällen, dass Schlaf, Spiel und Hausaufgaben in ruhiger, als sicher empfundener Atmosphäre stattfinden können. Auch außerschulische Kontakte zu Gleichaltrigen, die nicht in der Unterkunft untergebracht sind, gestalten sich aufgrund der dezentralen Lage und Schamgefühlen oft schwierig. Eine adäquate pädagogische Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften findet häufig nicht statt (Peter 2003). In Bezug auf die Situation von Kindern und Jugendlichen aus asylsuchenden Familien oder anderen Flüchtlingsgruppen in Wohnungen liegen kaum Untersuchungen vor (Butterwegge 2010).

Die hohen Armutsrisiken von Flüchtlingen, insbesondere von Asylsuchenden und weiteren Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbwLG) sind vielfach dokumentiert. Oft liegen Risiken einer multiplen Deprivation vor. Die Ursachen dafür liegen zentral in den asyl- und ausländerrechtlichen Restriktionen: etwa durch gegenüber dem SGB XII gekürzte Sozialleistungen nach dem AsylbwLG, durch Arbeitsverbote, einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt, oder durch die Residenzpflicht (Butterwegge 2010; Voigt 2010).

Eine Übersicht des Statistischen Bundesamts zeigt, dass Ende des Jahres 2010 insgesamt 26.595 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre Grundleistungen nach dem AsylbwLG erhielten, die teilweise in Form von Sachleistungen und Wertgutscheinen gewährt wurden (2013a). Im Juli 2012 erklärte das Bundesverfassungsgericht die gekürzten Leistungen nach dem AsylbwLG, die zudem seit 1993 nicht angehoben worden waren, als »evident unzureichend«, um das menschenwürdige Existenzminimum zu gewährleisten, und als »verfassungswidrig« (Bundesverfassungsgericht 2012). Seitdem gelten höhere Leistungssätze. Welche Veränderungen und Verbesserungen diese Entscheidung in Bezug auf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien mit sich gebracht hat, ist sozialwissenschaftlich noch nicht aufgearbeitet worden.

Die möglichen Auswirkungen von Armut und Deprivation auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sowie auf innerfamiliale Beziehungsgefüge sind gut untersucht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickelten dazu beispielsweise mehrdimensionale Modelle in Bezug auf Einflussfaktoren sowie Schutz- und Risikofaktoren (Holz/Skoluda 2003; Walper 1999). Häufig fehlen notwendige Differenzierungen im Hinblick auf Flüchtlingskinder beziehungsweise unterschiedliche Gruppen von Flüchtlingskindern, deren Lebenslagen sich je nach Aufenthaltsstatus stark unterscheiden können. Es gibt zudem kaum Studien, die die Perspektiven von Flüchtlingskindern erheben. In den wenigen verfügbaren Untersuchungen zeigen sich Hinweise auf starke Schamgefühle von armutsbelasteten Flüchtlingskindern und -jugendlichen, negative Auswirkungen auf das Selbstbewusstsein, Gefühle des Ausgegrenztseins und des Neides gegenüber bessergestellten Gleichaltrigen sowie Belastungen innerhalb der Familien aufgrund von nicht erfüllbaren materiellen Wünschen (von Balluseck 2003a / 2003b). Eine (erzwungene) Erwerbslosigkeit der Eltern beziehungsweise der Väter führt in vielen Fällen zu Rollenveränderungen oder zu massiven Änderungen im Beziehungsgeflecht der Familien (ebd.). Besonders wenig Forschung gibt es naturgemäß zu den Lebenslagen von illegalisierten Kindern und Jugendlichen (Butterwegge 2010).

DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT BEZEICHNETE DIE BISHERIGE STAATLICHE VERSORGUNG VON FLÜCHTLINGEN NACH DEM ASYLBWLG ALS »VERFASSUNGSWIDRIG«

Je prekärer der Aufenthalt, desto weniger nehmen Flüchtlinge Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch

Die Gesundheitssituation von Flüchtlingskindern wird in der Sozial-, Gesundheits- und Migrationsberichterstattung weitgehend ausgeblendet (Butterwegge 2010). In der Forschung gibt es allerdings Hinweise darauf, dass Flüchtlinge und Flüchtlingskinder häufig noch unter Auswirkungen eingeschränkter oder mangelnder Gesundheitsaufklärung und -versorgung in den Herkunftsländern leiden (Bautz 2009) und einen schlechten Impfstatus aufweisen (Butterwegge 2010). Zudem sind Flüchtlingskinder durch die Lebensbedingungen in Deutschland (zum Beispiel durch die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und eventuell die eingeschränkte medizinische Versorgung) zusätzlichen Risiken und Belastungen ausgesetzt (Bautz 2009). Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehen einen Zusammenhang zwischen dem Aufenthaltsstatus und der Inanspruchnahme kindlicher Vorsorgeuntersuchungen: je prekärer der Aufenthalt, umso schwächer die Inanspruchnahme (Robert Koch-Institut 2008; Butterwegge 2010). Gründe dafür sind Ängste, Unkenntnis, Kommunikationsschwierigkeiten oder eine mangelnde interkulturelle Sensibilisierung von Gesundheitsämtern oder der behandelnden Ärztinnen und Ärzte (Butterwegge 2010).

Vergleichsweise gut dokumentiert und qualitativ untersucht sind psychische Belastungen und Erkrankungen von Flüchtlingskindern sowie mögliche Auswirkungen der Belastungen von Kindern, Geschwisterkindern und/oder Eltern(teilen) auf die gesamte Familie (Lennertz 2011; Möller 2009; Wirtgen 2010; von Balluseck 2003a / 2003b; Bräutigam 2000). Als theoretischen Rahmen wählen die meisten Forscherinnen und Forscher das Trauma-Konzept. Sie beziehen sich besonders häufig auf das Krankheitsbild der posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) und das Modell des Psychoanalytikers Hans Keilson (Trauma als sequenzieller psychosozialer Prozess), das auf politisch Ver-

folgte und Flüchtlinge bezogen und weiterentwickelt wurde (Becker/Weyermann 2006; Lennertz 2011; zur Kritik am Konzept der PTSD siehe Lennertz 2010).

Aus den Studien wird zunächst die hohe Heterogenität der Belastungen deutlich. Kinder und Jugendliche können darunter leiden, dass sie psychisch belastende oder traumatisierende Situationen (wie Kriegsereignisse, Verfolgung, Tod von Eltern(teilen), Geschwistern, Verwandten oder Peers, die Trennung der Familie) im Herkunftsland als Betroffene direkt miterlebt haben (UNHCR 2013a). Sie sind zudem auf der Flucht oft hohen Belastungen ausgesetzt und erleben im Aufnahmeland Deutschland weitere belastende oder traumatisierende Situationen und Rahmenbedingungen (beispielsweise den prekären Aufenthaltsstatus, restriktive asyl- und ausländerrechtliche Rahmenbedingungen oder Diskriminierung; von Balluseck 2003c).

Lückenhafte Forschung zu Schulbesuch und Freizeit von Flüchtlingskindern

Flüchtlingskinder werden aufgrund kleiner Fallzahlen in der Schulstatistik sowie in den Pisa- oder Iglu-Erhebungen nicht eigens ausgewiesen, so dass wenige Informationen über ihre Bildungsbeteiligung, ihre Schulabschlüsse, Schulerfolge und schulischen Probleme vorliegen (Butterwegge 2010). Besonders lückenhaft ist der sozialwissenschaftliche Forschungsstand zu schulischen und beruflichen Übergängen und der Ausbildung beziehungsweise den Studienlaufbahnen von unterschiedlichen Gruppen von Flüchtlingskindern und -jugendlichen sowie zur Bildungssituation illegalisierter Flüchtlingskinder (Butterwegge 2010). Ein Studium ist auch mit prekärem Aufenthaltsstatus (wie der Duldung oder Aufenthaltsgestattung) prinzipiell möglich, kann jedoch mit zahlreichen Hindernissen verbunden sein (Flüchtlingsrat Berlin 2013).

Ebenso ist der Bereich des Freizeitverhaltens und der Freundschaftsbeziehungen von jungen begleiteten Flüchtlingen bislang in den Sozialwissenschaften stark vernachlässigt worden. Systematische Untersuchungen zum Freizeitverhalten und zu Freundschaftsbeziehungen junger Flüchtlinge, die zudem die Sichtweisen und das Erleben der Kinder und Jugendlichen mit einbeziehen und die Einflüsse asyl- und ausländerrechtlicher Bestimmungen (etwa der Residenzpflicht) untersuchen, fehlen bislang weitgehend.

Für die (heterogene) Gruppe begleiteter Flüchtlinge in Deutschland mangelt es somit an Studien, welche die – je nach »Migrationskanal« und Aufenthaltsstatus – sehr unterschiedlichen Personenkreise und Lebenslagen ausreichend differenziert betrachten. Ebenso gibt es zu wenig Studien, die unterschiedliche Familienkonstellationen (zum Beispiel beide Elternteile, alleinerziehender Elternteil, Vormundschaft eines älteren Geschwisterkindes, neue Partnerschaft eines Elternteils) und eine heterogene Betroffenheit von Kriegs- und Krisen- beziehungsweise direkte oder indirekte Fluchterfahrungen berücksichtigen. Auch Belastungskonstellationen sowie Schutz- und Risikofaktoren in unterschiedlichen Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen sind bislang zu wenig untersucht worden. Darüber hinaus müssten Studien durchgeführt werden, welche die Wahrnehmung und Perspektiven der betroffenen Kinder und Jugendlichen mit einbeziehen.

Spezifischer Erkenntnisbedarf besteht insbesondere in Bezug auf die gesundheitliche Situation, den Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung, die schulische und berufliche Bildung, die Übergänge und die Freizeitmöglichkeiten beziehungsweise das Freizeitverhalten von unterschiedlichen Gruppen von Flüchtlingskindern. Ein spezifischer, wenn auch schwierig zu realisierender Forschungs- und Erkenntnisbedarf besteht darüber hinaus in Bezug auf die besonders verletzliche Gruppe illegalisierter Kinder und Jugendlicher sowie ihrer Familien. ×

DIE AUTORIN

Susanne Johansson ist Diplom-Pädagogin (Schwerpunkt interkulturelle Erziehung) und Romanistin mit einem Weiterbildungsstudium in »Friedens- und Konfliktforschung«. Sie ist kommissarische Leiterin der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« der Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts in Halle (Saale).
Kontakt: johansson@dji.de

LITERATUR

↗ ADAM, HUBERTUS (2003): Kinder im Krieg – Aspekte von Trauma und Versöhnung. In: Rosen, Klaus Henning (Hrsg.): Flucht: Kinder – Die Schwächsten unter den Flüchtlingen. Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 2002/2003. Berlin/Bad Honnef, S. 113–121
↗ ALT, JÖRG (1999): Illegal in Deutschland. Forschungsprojekt zur Lebenssituation »illegaler« Migranten in Leipzig. Karlsruhe
↗ BAUTZ, WOLFGANG (2009): Abschließender Ergebnisbericht »Clearingstelle für die Beratung Behandlung und Prävention psychisch kranker, insbesondere traumatisierter Migrantinnen und Migranten« – El Puente. In: Bautz, Wolfgang (Hrsg.): Entwurzelt, ausgegrenzt, erkrankt. Psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Asylsuchenden. Berlin, S. 37–54
↗ BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR MIGRATION, FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION (2012): 9. Lagebericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Juni 2012. Berlin
↗ BECKER, DAVID / WEYERMANN, BARBARA (2006): Gender, Konflikttransformation und der psychosoziale Ansatz – Arbeitshilfe. Bern
↗ BOOS-NÜNNING, URSULA (2000): Kinder aus Zuwandererfamilien in einer Gesellschaft der Ungleichheit: Armut und Wohnen. In: Buchkremer, Hansjosef / Bukow, Wolf-Dietrich / Emmerich, Michaela (Hrsg.): Die Familie im Spannungsfeld globaler Mobilität. Zur Konstruktion ethnischer Minderheiten im Kontext der Familie. Opladen, S. 53–79
↗ BRÄUTIGAM, BARBARA (2000): Der ungelöste Schmerz. Perspektiven und Schwierigkeiten der therapeutischen Arbeit mit Kindern politisch verfolgter Menschen. Gießen
↗ BRÜGGEMEIER, o.A. (2011): Schutzbedarf und Schutzgewährung, Anspruch und Wirklichkeit. Kinderspezifische Fluchtgründe. Tagung der Diakonie Rheinland, Westfalen, Lippe. Im Internet verfügbar unter: www.diakonie-rwl.de/cms/media//pdf/arbeitsbereiche/teilhabe_und_integration/migration_und_flucht/aktuelles/brueggemeier_-_kinderspezifische_fluchtgruende.pdf (Zugriff: 11.11.2013)
↗ BÜTTNER, CHRISTIAN u.a. (2004): Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten. Lebensumstände und Bewältigungsstrategien. Frankfurt/New York ›

↗ BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) (2013a): Das Bundesamt in Zahlen. Asyl, Migration und Integration. Im Internet verfügbar unter: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 11.11.2013)
↗ BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) (2013b): Asylgeschäftsstatistik für den Monat September 2013. Im Internet verfügbar unter: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/201309-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 11.11.2013)
↗ BUNDESFACHVERBAND FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE (2013): Woher? Wie viele? Im Internet verfügbar unter: http://kinderzweiterklasse.de/?s=Woher+Wie+viele (Zugriff: 11.11.2013)
↗ BUNDESVERFASSUNGSGERICHT (Hrsg.; 2012): Pressemitteilung »Regelungen zu den Grundleistungen in Form der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig«. Im Internet verfügbar unter: www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-056.html (Zugriff: 05.12.2013)
↗ BUTTERWEGGE, CAROLIN (2010): Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen. Wiesbaden
↗ CREMER, HENDRIK (2010): Staatliche Verpflichtungen aus der UN-KRK gegenüber ausländischen Kindern – Defizite in der Umsetzung hinsichtlich unbegleiteter Flüchtlingskinder. In: Kauffmann, Heiko / Riedelsheimer, Albert (Hrsg.): Kindeswohl oder Ausgrenzung? Flüchtlingskinder in Deutschland nach der Rücknahme der Vorbehalte. Karlsruhe, S. 75–84
↗ DALEN, TONE / HAMM, CHRISTOPH (2003): Rosen, Klaus Henning (Hrsg.): Flucht: Kinder – Die Schwächsten unter den Flüchtlingen. Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 2002/2003. Berlin/Bad Honnef, S. 13–19
↗ DIECKHOFF, PETRA (2010) (Hrsg.): Kinderflüchtlinge. Theoretische Grundlagen und berufliches Handeln. Wiesbaden
↗ FENDRICH, SANDRA / POTHMANN, JENS / TABEL, AGATHE (2012): Monitor Hilfen zur Erziehung 2012. Dortmund
↗ FLÜCHTLINGSRAT BERLIN (2013): Studium mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung. Im Internet verfügbar unter: www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/Studium_mit_Duldung.html (Zugriff: 11.11.2013)
↗ HEINHOLD, HUBERT (2010): Nach Rücknahme der Vorbehalte: Was muss im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts verändert werden? In: Kauffmann, Heiko / Riedelsheimer, Albert (Hrsg.): Kindeswohl oder Ausgrenzung? Flüchtlingskinder in Deutschland nach der Rücknahme der Vorbehalte. Karlsruhe, S. 60–74
↗ HILLEMANN, FRANK (2011): Die UN-Kinderrechtskonvention und minderjährige Flüchtlinge. München/Ravensburg
↗ HOLZ, GERDA / SKOLUDA, SUSANNE (2003): »Armut im frühen Grundschulalter«. Abschlussbericht der vertiefenden Situation zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt am Main
↗ JOCKENHÖVEL-SCHIECKE, HELGA (2003): Flüchtlingskinder und ihre Rechte. In: Rosen, Klaus Henning (Hrsg.): Flucht: Kinder – Die Schwächsten unter den Flüchtlingen. Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 2002/2003. Berlin/Bad Honnef, S. 27–29
↗ JORDAN, SILKE (2000): FluchtKinder. Allein in Deutschland. Karlsruhe
↗ KIZILHAN, ILHAN (2000): Zwischen Angst und Aggression. Kinder im Krieg. Bad Honnef
↗ LENNERTZ, ILKA (2011): Trauma und Bindung bei Flüchtlingskindern. Erfahrungsverarbeitung bosnischer Flüchtlingskinder in Deutschland. Schriften des Sigmund-Freud-Instituts. Göttingen
↗ MÖLLER, BIRGIT (2009): Psychotherapeutische Behandlung von traumatisierten Flüchtlingskindern und ihren Familien im Spannungsfeld von Ausländerrecht und Kulturwechsel. In: Bautz, Wolfgang (Hrsg.): Entwurzelt, ausgegrenzt, erkrankt. Psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Asylsuchenden. Berlin, S. 89–129
↗ OTREMBA, KATRIN (2013): Kinder mit Migrationshintergrund in ihren Familien. In: Cinar, Melihan u.a.: Kinder-Migrationsreport. Ein Daten- und Forschungsüberblick zu Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern mit Migrationshintergrund. München, S. 23–121
↗ PETER, ERICH (2003): Die Rechtsstellung der Flüchtlingskinder in Deutschland. In: von Balluseck, Hilde (Hrsg.): Minderjährige Flüchtlinge. Sozialisationsbedingungen, Akkulturationsstrategien und Unterstützungssysteme. Opladen, S. 33–75
↗ PFINGSTEN-WISMER, HELGE (2007): Illegalisierte Kinderflüchtlinge in Deutschland. Saarbrücken
↗ POTHMANN, JENS (2011): Auf der Flucht – unbegleitet und minderjährig, in: KomDat Jugendhilfe, Heft 3/2011, S. 9–11
↗ RIEGER, UTA (2010): Kinder auf der Flucht. In: Dieckhoff, Petra (Hrsg.): Kinderflüchtlinge. Theoretische Grundlagen und berufliches Handeln. Wiesbaden, S. 21–26
↗ ROBERT KOCH-INSTITUT (Hrsg.; 2008): Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS) 2003-2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland. Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Berlin
↗ SCHOLZ, ANTONIA (2013): Aktuelle Herkunftsländer von minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland. In: DJI TOP THEMA, im Internet verfügbar unter: www.dji.de/index.php?id=43323 (Zugriff: 20.03.2014)
↗ SEPARATED CHILDREN IN EUROPE / BUNDESFACHVERBAND UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE (2012) (Hrsg.): »Statement of good practice«. Standards für den Umgang mit begleiteten Minderjährigen. Karlsruhe
↗ STATISTISCHES BUNDESAMT (2013a): Sozialleistungen. Leistungen an Asylbewerber. 2010, Fachserie 13, Reihe 7. Wiesbaden. Im Internet verfügbar unter: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/Asylbewerberleistungen/Asylbewerber2130700107004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 11.11.2013)
↗ STATISTISCHES BUNDESAMT (2013b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. 2012, Fachserie 1, Reihe 2. Wiesbaden. Im Internet verfügbar unter: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200127004.pdf;jsessionid=3AE09DCF7C9FE9B46953CF836B6C1C30.cae3?__blob=publicationFile (Zugriff: 11.11.2013)
↗ STAUF, EVA (2012): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven in Rheinland-Pfalz. Mainz
↗ TÄUBIG, VICKI (2009): Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration. Weinheim/München
↗ UNHCR (2013a): The future of Syria. Refugee children in crisis. Im Internet verfügbar unter: www.unhcr.org/FutureOfSyria (Zugriff: 05.12.2013)
↗ UNHCR (2013b): Global Tends 2012. Displacement. The New 21st Century Challenge. Im Internet verfügbar unter: www.unhcr.org/51bacb0f9.html (Zugriff: 11.11.2013)
↗ URBACH, VIVIEN (2008): »klein und allein«. Eine kritische Darstellung der Lebensrealität unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland vor dem Hintergrund international anerkannter Standards und Rechte für Kinder. München/Ravensburg
↗ VOIGT, CLAUDIUS (2010): Finanzielle Leistungen auf der Grundlage Gesetzlicher [sic] Vorgaben. In: Dieckhoff, Petra (Hrsg.): Kinderflüchtlinge. Theoretische Grundlagen und berufliches Handeln. Wiesbaden, S. 49–58
↗ VON BALLUSECK, HILDE (2003a): Der Aufenthaltsstatus als wesentliche Variable für Akkulturationsprobleme. In: von Balluseck, Hilde: Minderjährige Flüchtlinge. Sozialisationsbedingungen, Akkulturationsbedingungen und Unterstützungssysteme. Opladen, S. 92–105
↗ VON BALLUSECK, HILDE (2003b): Innerfamiliale Gewalt. In: von Balluseck, Hilde: Minderjährige Flüchtlinge. Sozialisationsbedingungen, Akkulturationsbedingungen und Unterstützungssysteme. Opladen, S. 106–117
↗ VON BALLUSECK, HILDE (2003c):Formen und Auswirkungen von Traumatisierung bei minderjährigen Flüchtlingen. In: von Balluseck, Hilde: Minderjährige Flüchtlinge. Sozialisationsbedingungen, Akkulturationsbedingungen und Unterstützungssysteme. Opladen, S. 76–91
↗ WALPER, SABINE (1999): Auswirkungen von Armut auf die Entwicklung von Kindern. In: Lepenies, Annette u.a.: Normalität, Abweichung und ihre Ursachen. München, S. 291–359
↗ WIRTGEN, WALTRAUD / ISKENIUS, ERNST-LUDWIG / EISENBERG, WINFRIED (2010): Wunden, die nicht verheilen – Kinderflüchtlinge in Deutschland – Leben unter Vorbehalt. In: Kauffmann, Heiko / Riedelsheimer, Albert (Hrsg.): Kindeswohl oder Ausgrenzung? Flüchtlingskinder in Deutschland nach der Rücknahme der Vorbehalte. Karlsruhe, S. 110–125

»Noten erzeugen mehr Frust als Lust«

Brennpunktschulen werden selten gelobt. Eine Ausnahme ist die Gemeinschaftsschule in der Taus im schwäbischen Backnang. Sie erhielt im Jahr 2013 einen von der Robert Bosch Stiftung und der Heidehof-Stiftung vergebenen deutschen Schulpreis. Schulleiter Jochen Nossek erklärt im Interview, was gute Betreuung ausmacht, warum Smileys sinnvoller sind als Noten und wie sich seine Lehrkräfte motivieren. ›

DJI Impulse: **Herr Nossek, Ihre Schule hat sich beim Deutschen Schulpreis 2013 unter mehr als 100 Bewerbern durchgesetzt und wurde dafür mit 25.000 Euro belohnt. Die bewerteten Kriterien waren die Leistungen der Schülerinnen und Schüler, das Schulklima, die Unterrichtsqualität, der Umgang mit Vielfalt und die Schulentwicklung. Was gelingt Ihnen besser als anderen Schulen?**
Jochen Nossek: Es gibt mehrere Kriterien, die dazu geführt haben, dass wir diesen Preis bekommen haben. Zum einen ist es das Schul- und Klassenklima: Bei uns herrscht ein sehr höflicher, freundlicher und offener Umgang zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern. Weitere Kriterien sind die Unterrichtsentwicklung und die individuelle Betreuung der Kinder und Jugendlichen, die bei uns sehr erfolgreich ist.

DJI Impulse: **Ihre Schule bestand bis zum Sommer 2013 aus einer Grund- und einer Werkrealschule mit insgesamt circa 600 Schülerinnen und Schülern. Seitdem ist sie eine Gemeinschaftsschule. Etwa 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen der Werkrealschule und 40 Prozent der Grundschule kommen aus Familien mit Migrationshintergrund. Wie gelingt es Ihnen, sie zu integrieren?**
Nossek: Wir haben Schülerinnen und Schüler unterschiedlichster Herkunft, Hautfarbe, Nation und Begabung. Einige von ihnen leben in Wohngruppen, andere kommen aus katastrophalen Elternhäusern, manche wurden komplett aus ihren Familienstrukturen herausgerissen, zum Beispiel Flüchtlingskinder. Und wir haben Kinder hier, die bisher eigentlich noch gar keine Schule besucht haben, momentan zum Beispiel sechs Kinder aus Rumänien. Aber das ist bei uns ganz normal, darüber wundert sich niemand mehr – und das ist auch eine Grundlage für den Umgang mit dieser Vielfalt: Wir stigmatisieren niemanden. Wir versuchen, alle mit kleinen Lernzielen und einer engen Betreuung zu integrieren. Dazu dient auch ein Projekt namens »Starthilfe«, das wir in Kooperation mit der Caritas durchführen. Es vermittelt Kindern ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die sich um die Kinder kümmern und ihnen dabei helfen, Fuß zu fassen. Die Ehrenamtlichen vermitteln zum Beispiel eine Fußballmannschaft oder gehen mit den Kindern ins Kino, und sie besuchen auch die Familien der Kinder. Die Schule ist ja nicht alles.

DJI Impulse: **Auf der Homepage schreiben Sie, dass Ihre Schule Kindern aus schwächeren sozialen Verhältnissen und aus Familien mit Migrationshintergrund gleichwertige Bildungschancen bieten will. Haben Ihre Kolleginnen und Kollegen überhaupt die Zeit, diese Kinder besonders zu fördern?**
Nossek: Wir haben eigentlich viel zu wenig Zeit, da wir als inklusive Gemeinschaftsschule alle Kinder aufnehmen, egal ob sie körperliche, geistige oder Lerndefizite haben. Wir versuchen aber trotzdem, jedem einzelnen Kind gerecht zu werden, was natürlich extrem zeitaufwändig ist. Wenn ein Kind neu zu uns kommt, führen wir verschiedene Diagnoseverfahren durch, um herauszufinden, welche Fähigkeiten und Kompetenzen es hat. Unser Ziel muss es dann sein, für jedes Kind realistische eigene Lernziele zu definieren. Um diese umzusetzen, haben die Kinder sogenannte Lernbegleiter: Das sind Lehrerinnen und Lehrer, die jedes einzelne Kind vom ersten bis zum letzten Schuljahr individuell betreuen und unterstützen. Zudem legen wir für jedes Kind eine Schülerakte an, die bis zum Ende ihrer Schulzeit kontinuierlich ergänzt wird. Dabei geht es weniger um Noten, auf die wir ohnehin keinen großen Wert legen, sondern vielmehr um das Verhalten und die Motivation der Kinder und um ihre Entwicklung. Diese spiegeln wir permanent an die Eltern zurück, um auch sie mit ins Boot zu holen.

DJI Impulse: **Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen rund 50 Lehrkräften, neun Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen und den Eltern der Kinder und Jugendlichen?**
Nossek: In den Klassenstufen eins bis fünf haben wir eingeführt, dass Schülerinnen und Schüler eine Art Logbuch führen. Darin legt jedes Kind in enger Kooperation mit einer Lehrkraft die Aufgaben fest, die es in der folgenden Woche bewältigen möchte. Jeden Freitag nehmen die Kinder das Logbuch mit nach Hause, definieren ihre Ziele für die kommende Woche, und die Eltern unterschreiben das. Die Kinder bekommen ein Feedback auf ihre Fortschritte in Form von Smileys, das verstehen auch diejenigen unter ihnen und Eltern, die nicht so gut Deutsch sprechen – und falls doch etwas unklar sein sollte, haben wir Dolmetscher, die ihnen weiterhelfen. Darüber hinaus führen wir mindestens drei Entwicklungsgespräche pro Kind und Schuljahr durch, an denen die Schülerinnen und Schüler

»Es ist nicht legitim, einem Kind den Zugang zu einer weiterführenden Schule oder zu einer Lehrstelle wegen seiner Noten zu verweigern. Stattdessen sollte ein Profil erstellt werden, das auf die Stärken jedes Schülers hinweist.«

selbst, ihre Eltern und mehrere Lehrkräfte beteiligt sind. Dabei wird besprochen, welche Ziele sie in den nächsten Monaten erreichen sollen. Das können fachliche Kompetenzen sein, aber auch überfachliche wie Kommunikations- oder Kooperationsfähigkeit. Wir standen diesem System anfangs auch sehr skeptisch gegenüber. Aber das Interesse der Eltern ist außerordentlich groß: Wir haben momentan 54 Kinder in der fünften Klasse. Bei 53 von ihnen war an jedem der Entwicklungsgespräche ein Elternteil dabei. Das ist eine unglaublich hohe Quote im Vergleich zu den Elternabenden, die früher bei uns stattgefunden haben. Und die Gespräche sind natürlich viel wertvoller als ein Zeugnis oder ein Elternabend.

DJI Impulse: **Sie bewerten die Schülerinnen und Schüler nicht anhand des Leistungsniveaus ihrer Klasse, sondern nach ihren individuell festgestellten Kompetenzen. Macht es das nicht schwieriger, Entscheidungen über Noten oder über eine Versetzung zu treffen?**
Nossek: Ja, das macht es viel schwieriger, wobei bei uns niemand eine Klasse wiederholen muss. Es ist ja bekannt, dass das Wiederholen einer Klasse in den wenigsten Fällen sinnvoll ist. Momentan ist es so, dass wir Kinder erst ab der achten Klasse benoten – denn Noten erzeugen mehr Frust als Lust. Natürlich haben die Kinder und auch ihre Eltern das Recht zu wissen, wo sie im Vergleich zu den anderen stehen. Aus diesem Grund läuft auch bei uns im Hintergrund immer eine Note der Schülerinnen und Schüler mit. Diese ist aber wenig aussagekräftig. Beim Schulabschluss müssen wir Noten verwenden, wobei mein Wunsch wäre, dass mittelfristig auch dann anstatt der Zahlen Aussagen über die Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen getroffen werden. Es ist nicht legitim, einem Kind den Zugang zu einer weiterführenden Schule oder zu einer Lehrstelle wegen seiner Noten zu verweigern. Stattdessen sollte ein Profil erstellt werden, das auf die Stärken jedes Schülers hinweist. Das wird inzwischen auch vonseiten der Wirtschaft so gesehen: Betriebe achten immer weniger auf die Schulnoten, stattdessen ermitteln sie die Fähigkeiten der Bewerberinnen und Bewerber durch mehrstufige Einstellungstests in einem »Assessment Center«. Dabei werden nicht nur fachliche Kompetenzen abgefragt, sondern zum Beispiel auch soziale.

DJI Impulse: **Wie muss man den Unterricht gestalten, damit gerade Kinder und Jugendliche, die nicht gut Deutsch sprechen, nicht abschalten oder sich verweigern?**
Nossek: Sie brauchen vor allem eine extrem gute Beziehung zu ihren Lehrerinnen und Lehrern und zur Schule insgesamt, einen verlässlichen, ehrlichen Rahmen. Viele von ihnen wollen nicht mehr lernen, weil sie im normalen Schulsystem immer nur Misserfolge hatten. Diese Kinder betreuen wir gemeinsam mit außerschulischen Partnern, etwa dem Sonderpädagogischen Dienst. Dennoch können wir uns immer noch nicht individuell genug um diese Kinder kümmern. Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich noch einen Kinder- und Jugendpsychologen und einen Sonderschullehrer einstellen.

DJI Impulse: **Andere Schulen würden wahrscheinlich sagen, dass Ihnen die Ressourcen und die Zeit dazu fehlen, alle Kinder und Jugendlichen für ihre Schule und den Unterricht zu begeistern. Wie motivieren Sie Ihr Kollegium für die außergewöhnlich aufwändige Betreuung ihrer Schülerinnen und Schüler?**
Nossek: Es ist in der Tat sehr aufwändig, unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen sehr viel mehr arbeiten als früher. Die Elterngespräche und das Verfassen der Berichte zu jedem einzelnen Schulkind fallen nicht ins Deputat, müssen also zusätzlich zur normalen Arbeit geleistet werden. Die Motivation dafür erzeugen meine Kolleginnen und Kollegen selbst, sie bekommen allerdings auch ein positives Feedback von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern. Sie sehen auch den enormen Lernfortschritt der Kinder und wissen, dass sie später in den höheren Klassen durch die eigenverantwortliche Arbeitsweise und die Eigenmotivation der Schülerinnen und Schüler entlastet werden. Natürlich sind nicht alle Lehrkräfte den hohen Anforderungen und der Belastung gewachsen. Manche haben sich wegbeworben und arbeiten nicht mehr bei uns. ×

Interview: Benjamin Klaußner

ZUR PERSON

Jochen Nossek ist seit 2012 Rektor der Gemeinschaftsschule in der Taus in Backnang. Nach dem Zivildienst und einem längeren Auslandsaufenthalt studierte er Lehramt für die Fächer Wirtschaft, Informatik, Technik und Deutsch und arbeitete an einer Brennpunktschule in Stuttgart. Später war er am Seminar für Didaktik und Lehrerbildung sowie beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (Referat 34/ Bereich Schule-Wirtschaft) tätig.

TAGUNGEN

DJI KOMPAKT

DJI-Forum auf dem Deutschen Präventionstag in Karlsruhe

Zum zweiten Mal in Folge veranstaltet und moderiert die DJI-Arbeitsstelle »Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention« auf dem Deutschen Präventionstag am 12. und 13. Mai 2014 in Karlsruhe ein eigenes zweitägiges Forum. Unter dem Titel »Wissen generieren für Politik und Praxis: Forschungen für Prävention am Deutschen Jugendinstitut« nimmt sie damit das Motto des diesjährigen Präventionstages »Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft« auf. Im Mittelpunkt des Forums stehen aktuelle Befunde, Diskurse und Fragestellungen aus verschiedenen DJI-Forschungsprojekten, die eines gemeinsam haben: Sie beziehen sich auf den Gegenstand Prävention.

In fünf Vorträgen werden verschiedene Altersgruppen sowie ziel- beziehungsweise deliktgruppenspezifische Angebote und Ansätze in den Blick genommen: Forschung für die Praxis – das »Nationale Zentrum Frühe Hilfen«; Prävention sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen – der Spektrum-Ansatz; Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention im Blick: Die DJI-Arbeitsstelle im Spannungsfeld zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft; Gelingensbedingungen pädagogischer Rechtsextremismusprävention sowie Schulische Berufsorientierung als Angebote zur Prävention von Ausbildungslosigkeit. Am zweiten Tagungstag diskutieren bei einer Podiumsdiskussion Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Praxis zu aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in diesem Forschungsbereich.

Der Deutsche Präventionstag ist der größte europäische Kongress für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzende Präventionsbereiche. Er bietet eine internationale Plattform zum interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch in der Prävention. Seit 1995 wird der jährliche Kongress in verschiedenen deutschen Städten veranstaltet.

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung stehen online unter www.dji.de/jugendkriminalitaet sowie unter www.praeventionstag.de.

Gleicher Start für alle?

Die Fachtagung »Gleicher Start für alle? Selektive Teilhabe und inklusive Ansätze frühkindlicher Bildung in internationaler Perspektive« findet am 8. und 9. Juli 2014 im Deutschen Jugendinstitut (DJI) statt. Veranstalter sind das Internationale Zentrum Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (ICEC) am DJI und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Auf der Tagung wird diskutiert, inwieweit und aus welchen Gründen frühkindliche Bildung im internationalen Vergleich unterschiedlich in Anspruch genommen wird und welche Rolle dabei die Angebotsqualität spielt. Im Rahmen von Workshops werden Praxisbeispiele zur Förderung der Bildungsbeteiligung von bisher unterrepräsentierten Gruppen aus verschiedenen Ländern vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Die Veranstaltung soll den internationalen Austausch zum Thema fördern und richtet sich an die Fachpolitik und -praxis der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in Deutschland.

Veranstaltungsort: Deutsches Jugendinstitut München,
Nockherstraße 2, 81541 München
Ausführliche Informationen werden zeitnah unter www.dji.de/icec zur Verfügung gestellt.

AUFSÄTZE

Veronika Baur, Astrid Kerl-Wienecke
↗ Praktikum in der Kindertagesbetreuung (0-6 Jahre) / In: Rödel, Bodo (Hrsg.): Weiter Wissen. Pädagogik Psychologie Soziologie. Berlin 2014, S. 431–461

Bettina Arnoldt, Christine Steiner
↗ Bieten Ganztagsschulen Eltern mit Migrationshintergrund bessere Beteiligungschancen? / In: Geisen, Thomas / Studer, Tobias / Yildiz, Erol (Hrsg.): Migration, Familie und soziale Lage. Beiträge zu Bildung, Gender und Care. Wiesbaden 2013, S. 105–124

Katrin Beckh, Sonja Bröning, Sabine Walper, Eva-Verena Wendt
↗ Liebesbeziehungen junger Erwachsener aus Scheidungsfamilien. Eine Beobachtungsstudie zur intergenerationalen Transmission des Scheidungsrisikos
In: Zeitschrift für Familienforschung, Heft 3/2013, S. 309–330

Felix Berth, Carola Nürnberg
↗ Der Deutsche Qualifikationsrahmen DQR und die Frühpädagogik. Entstehung, Kontroversen, Perspektiven / In: Frühe Bildung, Heft 2/2014, S. 6–12

Monika Bradna
↗ Familienbildung – ein Spannungsfeld
In: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (Hrsg.): Familienpolitische Informationen, Heft 1/2014, S. 1–5

Waltraud Cornelißen, Nina Bathmann
↗ Die private Seite von Frauen- und Männerkarrieren
In: Zeitschrift für Sozialisation und Erziehung (ZSE), Heft 4/2013, S. 350–364

Waltraud Cornelißen, Christine Entleitner
↗ Verselbständigungsprozesse von Kindern in Familien im Übergang von der Kindheit ins Jugendalter
In: Zeitschrift für Sozialisation und Erziehung (ZSE), Heft 1/2014, S. 4–22

PERSONELLES

↗ **Dr. Anne Berngruber**
hat ihre Promotion mit dem Titel »Von Nesthockern und Boomerang Kids. Der Auszug aus dem Elternhaus als ein Schritt im Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen« bei Prof. Dr. Bernhard Prosch im Fach Sozialwissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg erfolgreich abgeschlossen.

↗ **Felix Berth**
wurde von der Stiftung Hänsel & Gretel in die Kommission Kinderbewusstsein berufen. Die Kommission soll dazu beitragen, »dass Kinderbewusstsein in Deutschland so selbstverständlich wird wie Umweltbewusstsein«.

↗ **Dr. Christian Lüders**
wurde vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugenhilfe (AGJ) in die Jury zur Vergabe des »Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises 2014 – Hermine-Albers-Preis« berufen.

↗ **Dr. Herwig Reiter**
ist seit Mai 2013 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats vom Qualitätsservice an der Universität Bremen.

LEHRAUFTRÄGE IM SOMMERSEMESTER 2014

Julia Bode
↗ **Normaler und gestörter Spracherwerb**
Ludwig-Maximilians-Universität München

Katja Flämig
↗ **Ethnographische Forschung in der Frühpädagogik**
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Michaela Hopf, Dr. Johanna Possinger
↗ **Qualitative Methoden**
Pädagogische Hochschule Weingarten

Anita Meyer, Sabine Nunnenmacher
↗ **Evaluationswerkstatt**
Katholische Stiftungsfachhochschule München

Sabine Nunnenmacher
↗ **Durchführung und Präsentation empirischer Untersuchungen mit computerunterstützter Datenanalyse**
Fresenius Hochschule, München

Dr. Michaela Schier
↗ **Multilokalität – eine sozial-räumliche Praxis und ihre Auswirkungen**
Universität Wien

Franciska Mahl

Abschlussbericht zur Offenbacher Schulabsolventenstudie

Ergebnisse einer quantitativen und qualitativen Längsschnittbefragung
Halle (Saale): Verlag Deutsches Jugendinstitut 2013 | 57 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/Abschlussbericht%20zur%20Offenbacher%20Schulabsolventenstudie.pdf

Der Abschlussbericht enthält Ergebnisse einer quantitativen und qualitativen Längsschnittbefragung von Abgängerinnen und Abgängern von Offenbacher Haupt- und Realschulen. Im Zentrum der Studie standen die Bildungs- und Ausbildungswege, die über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren kontinuierlich erfasst wurden.

Johanna Dudek
↗ Beruflicher Quereinstieg in Kindertageseinrichtungen
In: kindergarten heute. Das Leitungsheft, Heft 1/2014, S. 4–6

Judith Durand, Michaela Hopf, Sabine Nunnenmacher
↗ Wie reflektieren pädagogische Fachkräfte ihr eigenes Interaktionshandeln? Eine Fallanalyse im Kontext von Bilderbuchbetrachtungen / In: Fröhlich-Gildhoff, Klaus / Nentwig-Gesemann, Iris / König, Anke / Stenger, Ursula / Weltzien, Dörte (Hrsg.): Forschung in der Frühpädagogik VI. Schwerpunkt: Interaktion zwischen Fachkräften und Kindern. Freiburg 2013, S. 145–176

Tina Gadow, Liane Pluto
↗ Jugendverbände im Spiegel der Forschung. Forschungsstand auf der Basis empirischer Studien seit 1990 / In: Oechler, Melanie / Schmidt, Holger (Hrsg.): Empirie der Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Forschungsergebnisse und ihre Relevanz für die Entwicklung von Theorie, Praxis und Forschungsmethodik. Wiesbaden 2014, S. 101–192

Martina Gille
↗ Politische Kultur der jüngeren Generation(en) in Deutschland
In: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Heft 1-2/2014, S. 44–46

Bernd Holthusen, Sabrina Hoops
↗ Die Jugendhilfe im Strafverfahren: »Alles wie immer, alles im grünen Bereich … oder?« Ergebnisse aus dem Jugendgerichtshilfeb@rometer
In: unsere jugend, Heft 3/2014, S. 98–109

Michaela Hopf, Mechthild Laier, Sabine Nunnenmacher
↗ Qualifizierungsoffensive: Sprachliche Bildung und Förderung von Kindern unter Drei. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 4/2013, S. 499–506

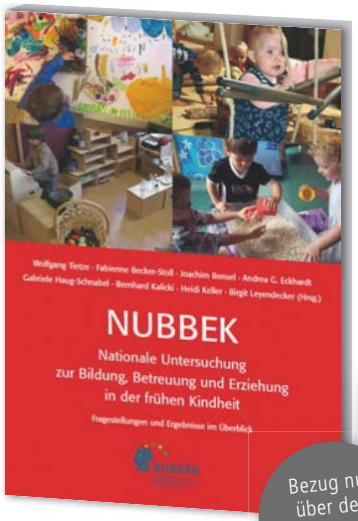
Karin Jurczyk
↗ Familienrealitäten: Vielfalt, Leistungen, Überforderungen
In: Förster, Charis / Höhn, Kariane / Schreiner, Sonja (Hrsg.): Kindheitsbilder – Familienrealitäten. Prägende Elemente in der pädagogischen Arbeit. Freiburg/Basel/Wien 2013, S. 62–75

LESE-TIPPS

Wolfgang Tietze, Fabienne Becker-Stoll, Joachim Bensel, Andrea Eckhardt, Gabriele Haug-Schnabel, Bernhard Kalicki, Heidi Keller, Birgit Leyendecker (Hrsg.)

Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit (NUBBEK)

Weimar: Verlag das netz 2013
168 Seiten | 26,90 EUR | ISBN 978-3-86892-026-0
Bezug nur über den Buchhandel

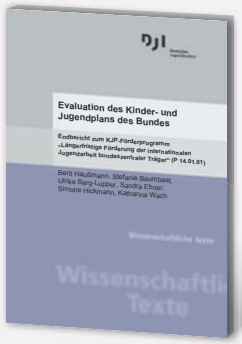


Bezug nur über den Buchhandel

Erstmalig wurde in Deutschland eine nationale Studie zu Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit in einem Forschungsverbund von Pädagoginnen und Pädagogen, Entwicklungspsychologinnen und -psychologen, Soziologinnen und Soziologen sowie Verhaltensbiologinnen und -biologen in acht Bundesländern durchgeführt. Über 2.000 zwei- und vierjährige Kinder mit ihren Familien – davon mehr als ein Viertel mit Migrationshintergrund – sowie etwa 570 Kindergärten, Krippen und Tagespflegestellen waren an dem Forschungsprojekt beteiligt. Das Buch erläutert und kommentiert die aufschlussreichen Ergebnisse zu Betreuungssituation und -geschichte, zur Qualität der außerfamiliären Betreuung, zur Interaktions- und Beziehungsqualität in den Familien sowie deren Zusammenhänge zum Entwicklungsstand der Kinder.

Berit Haußmann, Stephanie Baumbast, Ulrike Berg-Lupper, Sandra Ebner, Simone Hickmann, Katharina Wach

Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes



Endbericht zum KJP-Förderprogramm »Längerfristige Förderung der internationalen Jugendarbeit bundeszentraler Träger« | München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 2014 | 108 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/kjp-evaluation/berichte.htm

Der Kinder- und Jugendplan (KJP) ist das zentrale fach- und jugendpolitische Förderinstrument des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Anregung und Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe mit überregionaler Bedeutung. Mit dem Ziel, die Transparenz der Förderung durch den KJP und seiner Effekte zu erhöhen und zu überprüfen, ob und auf welchem Weg die Förderung gegebenenfalls zielgenauer erfolgen könnte, wurden inzwischen sieben Förderprogramme des KJP evaluiert. Neu erschienen ist der Bericht zur Internationalen Jugendarbeit.

Bernhard Kalicki, Jens Pothmann, Birgit Riedel
↗ Frühe Kindheit – junge Familien. Zivilgesellschaft KONKRET
In: ZIVIZ. Zivilgesellschaft in Zahlen, Heft 2/2013, S. 9–11

Heinz Kindler
↗ Gewalttätige Jugendliche mit einer Geschichte als misshandeltes Kind. Entwicklungswege zwischen Kinderschutz und Jugendstrafrecht
In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), Heft 2/2103, S. 138–144
↗ Prävention sexueller Übergriffe in Einrichtungen
In: eeV-aktuell. Evangelischer Erziehungsverband in Bayern e.V., Heft 2/2013, S. 12–15
↗ Trennungen zwischen Kindern und Bindungspersonen
In: FPR – Familie, Partnerschaft, Recht, Heft 5/2013, S. 194–200
↗ Prävention sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen. Blick zurück nach vorn / In: proJugend, Heft 1/2013, S. 4–7
↗ Partnergewalt und Beeinträchtigungen kindlicher Entwicklung: Ein aktualisierter Forschungsüberblick / In: Kavemann, Barbara / Kreyssig, Ulrike (Hrsg.): Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden 2013, S. 27–46

Heinz Kindler, Anne-Katrin Künster
↗ Prävalenz von Belastungen und Risiken in der frühen Kindheit in Deutschland
In: Nationales Zentrum Frühe Hilfen. Datenreport Frühe Hilfen. 2013, S. 8–13

Heinz Kindler, Adelheid Unterstaller
↗ Primäre Prävention von Partnergewalt: Ein entwicklungsökologisches Modell
In: Kavemann, Barbara / Kreyssig, Ulrike (Hrsg.): Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden 2013, S. 513–531

Heinz Kindler, Marie-Theres Pooch, Bianca Bertsch
↗ Das Bundeskinderschutzgesetz. Gut gemeint und auch gut gemacht? / In: KJug – Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Heft 1/2014, S. 3–7

Melanie Mengel, Eva Sandner, Till Hoffmann

Kompetenzprofil Netzwerkkoordinatorinnen und Netzwerkkoordinatoren Frühe Hilfen

Köln: Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) 2013 | 35 Seiten
Kostenlos erhältlich über www.fruehehilfen.de oder bei der BZgA, 51101 Köln, Fax: 0221-8992-257, E-Mail: order@bzga.de (Bestellnummer: 16000143)

Netzwerkarbeit und Netzwerkkoordination in den Frühen Hilfen berühren vielfältige Handlungsfelder und Aufgabenbereiche. Die strukturellen und konzeptionellen Ausgangsbedingungen in den Kommunen sind dabei heterogen. Das Kompetenzprofil beschreibt die fachlich qualifizierte Koordination von Netzwerken Frühe Hilfen auf Basis von vier charakteristischen Handlungsanforderungen, die Netzwerkkoordinatorinnen und -koordinatoren professionell bewältigen müssen. Aus diesen werden zentrale Kernkompetenzen abgeleitet, die in der Systematik des Deutschen Qualifikationsrahmens wiederum in fachliche und personale Kompetenzen ausdifferenziert sind. Das Profil hat Empfehlungscharakter und ist als Orientierung für Anbieter von Fort- und Weiterbildungen, für Anstellungsträger sowie für Netzwerkkoordinatorinnen und -koordinatoren selbst gedacht, um zu vermittelnde oder zu erwerbende Kompetenzen einordnen zu können. Die Entwicklung dieser breit gefächerten Fähigkeiten wird dabei schrittweise und als kontinuierlicher reflexiver Lernprozess verstanden.

Detlev Lück, Waltraud Cornelißen (Hrsg.)

Geschlechterunterschiede und Geschlechterunterscheidungen in Europa

Reihe: Der Mensch als soziales und personales Wesen
Stuttgart: Lucius & Lucius 2013 | 304 Seiten | 34,- EUR | ISBN 978-3-8282-0598-7 | Bezug nur über den Buchhandel

So selbstverständlich uns das Geschlecht im Alltag erscheint, so verwunderlich erscheint es oft in der näheren wissenschaftlichen Betrachtung. Und so breit das Spektrum der Disziplinen ist, die das Geschlecht zum Thema machen, so kontrovers sind auch die Positionen: Wie viel Biologie und wie viel soziale Konstruktion steckt in dem, was uns als Geschlecht begegnet? Ist die Unterscheidung zwischen Frau und Mann natürlich? Wann und wie lernen Kinder, was es bedeutet, weiblich oder männlich zu sein und woher kommen die Attribute, die wir Frauen und Männern typischerweise zuschreiben? Warum unterscheiden sich diese Zuschreibungen zwischen verschiedenen Ländern, Generationen und Jahrzehnten? Wohin steuert der aktuelle Wandel dieser Zuschreibungen? Warum halten sich, trotz der Angleichung in Bildungsniveau und Erwerbsquote, so hartnäckig Unterschiede bei der Berufswahl, den Karrierechancen oder der Zuständigkeit für die Kinderbetreuung? An welcher Stelle haben wir es mit einer Diskriminierung zu tun, die ein staatliches Eingreifen fordert? Dieser Band enthält keine abschließenden Antworten auf diese Fragen. Vielmehr tragen die Beiträge darin einen aktuellen Zwischenstand der Debatte zusammen und spiegeln bewusst die kontroversen Positionen wider.

Bezug nur über den Buchhandel

Alexandra Langmeyer
↗ Wohlbefinden und Befähigung für ein gutes Leben als Zielsetzungen in der Erziehung / In: Sozialpädagogisches Institut des SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.): Wohlergehen junger Menschen. Dokumentation zur Fachtagung Wohlergehen, Befähigung und Handlungswirksamkeit als Konzepte für die Kinder- und Jugendhilfe. München 2013, S. 8–33

Nina Lichtwardt, Nora Gaupp
↗ Frühe Elternschaft als prekäre Lebenslage: Die Bewältigungsstrategien junger, bildungsbenachteiligter Eltern im Übergang Schule – Beruf / In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 1/2014, S. 55–70

Thomas Rauschenbach
↗ Unterbewerteter Beruf / In: Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW, Heft 3/2014, S. 2

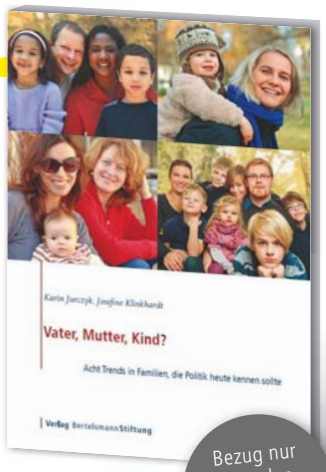
Birgit Reißig, Tabea Schlimbach
↗ Wege von niedrigqualifizierten Jugendlichen von der Schule in die Arbeit. Ergebnisse des DJI-Panels und G8Way / In: Ministerium für Forschung der Russischen Föderation (Hrsg.): Innovative Entwicklung und Human-Ressourcen im Jugend- und Sozialbereich. Sankt Petersburg 2013, S. 306–313

Herwig Reiter, Christine Steiner
↗ Beschleunigte Jugend. Adoleszenz in Ostdeutschland und Litauen
In: osteuropa, Heft 11–12/2013, S. 105–120

Michaela Schier
↗ Räumliche Entgrenzungen – Multilokales Familienleben: Spezifische Anforderungen einer mehrörtigen Alltagsgestaltung und die Rolle von Medien
In: Wagner, Ulrike (Hrsg.): Familienleben: Entgrenzt und vernetzt?!
München 2013, S. 39–55

Mike Seckinger
↗ Partizipation – Beteiligung – Teilhabe: Gemeindepsychologische Perspektiven auf Beteiligungsprozesse / In: Binne, Heike / Dummann, Jörn / Gerzer-Sass, Annemarie / Lange, Andreas / Teske, Irmgard (Hrsg.): Handbuch intergeneratives Arbeiten. Berlin/Toronto 2014, S. 245–255

LESE-TIPPS



Bezug nur über den Buchhandel

Karin Jurczyk, Josefine Klinkhardt

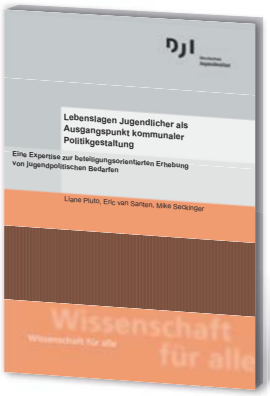
Vater, Mutter, Kind?

Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte
Gütersloh: Verlag Bertelsmann 2014 | 240 Seiten | 25,00 EUR | ISBN 978-3-86793-543-2
Bezug nur über den Buchhandel

Familien sind heute vielfältiger als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Auch das Familienleben hat sich verändert und ist mit wachsenden Herausforderungen verbunden: Die Lebenslagen von Familien sowie ihre finanziellen und kulturellen Ressourcen driften immer weiter auseinander. Zu viele Kinder und Familien leben in Armut, immer mehr Mütter sind heute erwerbstätig, geraten aber – wie auch Väter – durch entgrenzte Erwerbsbedingungen verstärkt unter Druck. Kinder wachsen häufiger in Familien mit Migrationshintergrund auf. Infrastrukturen und Institutionen passen oft nicht zu den Bedarfen von Familien. Mithilfe einschlägiger Daten belegen die Autorinnen diese Veränderungen des Familienalltags in acht Trends und skizzieren die Folgen für das Aufwachsen von Kindern. Ihre Analyse macht deutlich, dass die Familienpolitik mit vielen Entwicklungen nicht Schritt gehalten hat. Sie sollte neu – von den Kindern aus – gedacht werden.

Liane Pluto, Eric van Santen, Mike Seckinger

Lebenslagen Jugendlicher als Ausgangspunkt kommunaler Politikgestaltung



Eine Expertise zur beteiligungsorientierten Erhebung von jugendpolitischen Bedarfen
München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 2014 | 55 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/index.php?id=259 oder www.allianz-fuer-jugend.de/Arbeitsergebnisse/Expertisen-und-Empfehlungen-/479

Die Expertise beschäftigt sich mit der Frage, wie es Kommunen gelingen kann, Jugendliche und ihre Lebenslagen bei der Gestaltung kommunaler Politik zu berücksichtigen. Ausgehend von den bisherigen Erfahrungen mit kommunaler Berichterstattung (vor allem der Jugendhilfeplanung) wird dargelegt, dass eine ernsthafte und politikrelevante Auseinandersetzung mit den Lebenslagen Jugendlicher nur über eine Beteiligung und Einbindung der Jugendlichen möglich ist. Dies wird am Prozess kommunaler Entscheidungsfindung (Fragestellung, Auswahl der Daten, Operationalisierung, Umsetzung) exemplarisch verdeutlicht. Die Expertise enthält auch das Ergebnis einer Internetrecherche mit Beispielen, wie Kommunen jugendpolitische Bedarfe beteiligungsorientiert erheben.

Christine Steiner
↗ Die Einbindung pädagogischer Laien in den Alltag von Ganztagsschulen
In: bildungsforschung, Heft 1/2013, S. 64–90

Andreas Thimmel, Kirsten Bruhns
↗ Perspektiven interkultureller Öffnung in der Jugendverbandsarbeit
In: Drücker, Ansgar (Hrsg.): Die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten. Düsseldorf 2013, S. 33–38

Frank Tillmann
↗ Jugendpolitik für benachteiligte Stadtteile in Deutschland – staatliche Programme und empirische Befunde
In: Ministerium für Forschung der Russischen Föderation (Hrsg.): Innovative Entwicklung und Human-Ressourcen im Jugend- und Sozialbereich. Sankt Petersburg 2013, S. 361–363

Angelika Tölke, Heike Wirth
↗ Eltern in Ost- und Westdeutschland: Analysen zum Wandel der partnerschaftlichen Erwerbsarrangements und das Wohlbefinden von Müttern und Vätern in der Familie. / In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), Heft 4/2013, S. 365–383

Eric van Santen
↗ Methodologische und methodische Herausforderungen der Forschung zu Jugendverbänden / In: Oechler, Melanie / Schmidt, Holger (Hrsg.): Empirie der Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Forschungsergebnisse und ihre Relevanz für die Entwicklung von Theorie, Praxis und Forschungsmethodik. Wiesbaden 2014, S. 289–306

Franziska Wächter, Johann de Rijke, Martina Gille, Wolfgang Gaiser
↗ Indikatorenbildung in der Jugendforschung: Aspekte internationaler Partizipations- und Längsschnittforschung / In: Willems, Helmut (Hrsg.): Konzepte und Methoden der Jugendberichterstattung. Wissenschaftliche Herausforderungen und Perspektiven. Wiesbaden 2014, S. 165–183

Bettina Arnoldt, Peter Furthmüller, Christine Steiner

Ganztagsangebote für Jugendliche

Eine Expertise zum Stellenwert von Ganztagsangeboten für Schüler/innen ab der 9. Klasse
München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 2013 | 44 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.allianz-fuer-jugend.de/Aktuelles/42s8

Im Auftrag des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik haben Bettina Arnoldt, Peter Furthmüller und Christine Steiner eine Expertise zum Thema »Ganztagsangebote für Jugendliche« verfasst. Sie beschäftigt sich mit dem Stellenwert von Ganztagsangeboten für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse. Die in der Expertise präsentierten Daten lassen darauf schließen, dass das Ganztagsangebot für ältere Schülerinnen und Schüler nach wie vor eingeschränkter ist als das für jüngere. Diese altersspezifische Schwerpunktsetzung führt das Autorenteam nicht zuletzt auf knappe Mittel zurück. Neben einer bedarfsgerechten Ausstattung empfiehlt es, dass Ganztagsschulen und ihre Kooperationspartner eine klarere Vorstellung davon entwickeln, was ein nicht-unterrichtliches Lernen ausmacht. Darüber hinaus sollten Ganztagsangebote stärker an der schulischen Laufbahn, den individuellen Lebensverläufen und den altersspezifischen Interessen der Schülerinnen und Schüler orientiert werden. Besonderes Augenmerk sollte auf die Freiwilligkeit beziehungsweise die Wahlmöglichkeiten gerichtet werden. Das sei im Hinblick auf eine damit einhergehende ungleiche Teilnahme einerseits problematisch, andererseits entfalteten Ganztagsangebote vor allem dann ihr volles Potenzial, wenn sich Kinder und Jugendliche aus freien Stücken dafür entschieden.

Anne Berngruber

Von Nesthockern und Boomerang Kids

Der Auszug aus dem Elternhaus als ein Schritt im Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen
Berlin: Mensch und Buch Verlag 2013 | 284 Seiten
39,90 EUR | ISBN 978-3-86387-409-4
Bezug nur über den Buchhandel

Bezug nur über den Buchhandel

Sabine Walper
↗ Bindung und Individuation von Jugendlichen aus Trennungsfamilien / In: Brisch, Karl Heinz (Hrsg.): Bindung und Jugend. Individualität, Gruppen und Autonomie. Stuttgart 2013, S. 36–61
↗ Soziale Elternschaft in elternreichen Familien: Ein Blick auf Stieffamilien
In: Götz, Isabell / Schwenzer, Ingeborg / Seelmann, Kurt / Taupitz, Jochen (Hrsg.): Familie – Recht – Ethik. Festschrift für Gerd Brudermüller zum 65. Geburtstag. München 2014, S. 889–900

Sabine Walper, Mark Stemmler
↗ Eltern als Bildungsvermittler für ihre Kinder stärken. Das Bundesprogramm »Elternchance ist Kinderchance« und seine Evaluation / In: Kompetenzteam Wissenschaft des Bundesprogramms »Elternchance ist Kinderchance», Lena Correll, Julia Lepperhoff (Hrsg.): Frühe Bildung in der Familie. Perspektiven der Familienbildung. Basel/Weinheim 2013, S. 21–46

Eva-Verena Wendt, Sabine Walper
↗ Sexualentwicklung und Partnerschaften Jugendlicher. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von 15- und 17-Jährigen / In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), Heft 1/2013, S. 62–81
↗ Was wirkt auf die körperliche Entwicklung? Reifungstempo und sozialisatorische Einflüsse
In: Schüler. Wissen für Lehrer. Publikationsreihe im Friedrich Verlag, Heft 2013: Pubertät, S. 24–25

Das **DEUTSCHE JUGENDINSTITUT E. V. (DJI)** ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkoppelung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Der institutionelle Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zu einem kleineren Teil von den Bundesländern finanziert. Im Rahmen der Projektförderung kommen weitere Zuwendungen auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie unter anderem von Stiftungen, der Europäischen Kommission und von Institutionen der Wissenschaftsförderung. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat zurzeit folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie den Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter«, ferner eine Außenstelle in Halle (Saale).

IMPRESSUM
Herausgeber:
Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2, 81541 München
Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Redaktion:
Benjamin Klaußner
Telefon: 089 6 23 06-140, Fax: -265,
E-Mail: klaussner@dji.de
Roland Popp
Telefon: 089 6 23 06-192, Fax -265
E-Mail: rpopp@dji.de
Vertrieb und Redaktionsassistenz:
Stephanie Vontz
Telefon: 089 6 23 06-311, Fax: -265,
E-Mail: vontz@dji.de

Gestaltung: FunkE Design
Sandra Ostertag, Julia Kessler, www.funk-e.de

Druck und Versand:
Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg

Fotonachweis: Titelseite: iStockphoto; S. 7: dpa Picture-Alliance GmbH; S. 9, 10, 20, 23: imago GmbH; S. 2, 13, 15, 16, 32: iStockphoto; S. 4, 31: Shutterstock; S. 3: B. Huber; S. 19: Laurence Chaperon

ISSN 2192-9335

DJI Impulse erscheint viermal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Ein kostenloser Nachdruck ist nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

DJI Impulse kann kostenlos bestellt und auf Wunsch auch abonniert werden bei Stephanie Vontz (vontz@dji.de). Geben Sie bei einer Adressenänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonnentinnen und Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.

Download (pdf) unter www.dji.de/impulse

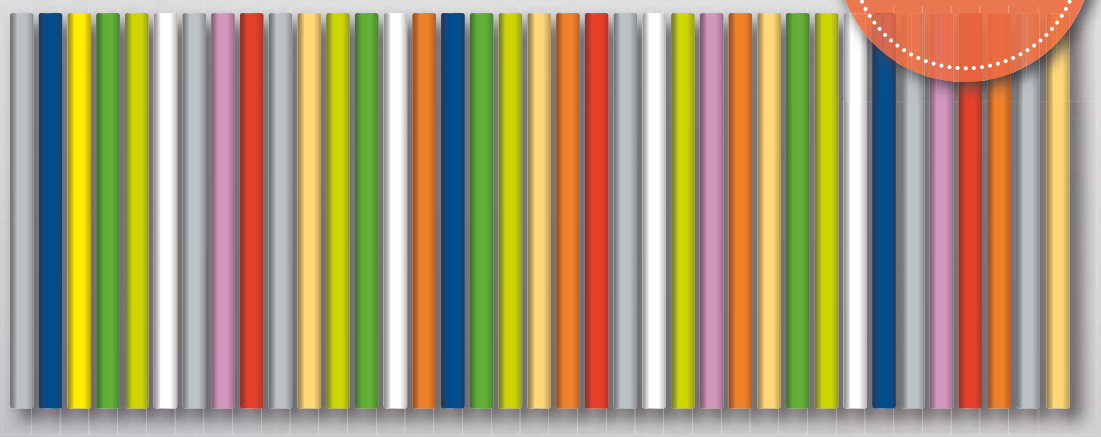
FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C014255

Deutsches Jugendinstitut

Die Gegenwart erforschen, die Zukunft denken

Forschung über Kinder, Jugendliche und Familien an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis

Unser Buchtipp



Tina Friederich, Astrid Kerl-Wienecke

55 Fragen – 55 Antworten

Berlin: Cornelsen Scriptor 2014
104 Seiten / EUR 14,95 / ISBN 978-3589248094
Bezug nur über den Buchhandel

Welche Erwartungen haben Eltern an ihre Kindertagesstätte? Welche methodischen Kompetenzen benötigen Pädagoginnen und Pädagogen um die Kinder angemessen betreuen zu können? Welche typischen Konflikte können zwischen Eltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Kitas entstehen? Das Buch stellt in allgemein verständlicher und pointierter Form alle wichtigen Aspekte der Zusammenarbeit mit Eltern vor.